Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1927

28.6.1927 (No. 175)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage Deutsche Jugendkraft, Illustr. Tiefdruckbeilage „Sterne u. Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21 Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsw. Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nr. 175 (8 Seiten) **Karlsruhe, Dienstag, den 28. Juni 1927** **65. Jahrgang**

Katholizismus und Weimar

Von **Erich Merkert**

Für die so überaus wichtige und wünschenswerte Einigung des deutschen Katholizismus auf politischem Gebiete bildete die Frage der Staatsform und des Volksstaates ein oft unüberwindbares Hindernis. Viele, sicherlich ehrlich denkende katholische Kreise wurzeln noch stark in den Gedankengängen des alten Reiches, vielleicht weniger verstandesmäßig oder in böser Absicht als vielmehr gefühlsmäßig und verärgert über manche abschreckende Vorgänge der Nachkriegszeit. Sie schauen rückwärts, versenken sich in eine romantische Verklärung des Kaiserreiches anstatt vorwärts auf die Gestaltung der Zukunft ihr Augenmerk zu richten, wovon doch das Schicksal unseres Vaterlandes abhängt. Gefühlsschwelgerei in politischen Dingen ist zwecklos, heute mehr denn je! Rückbildung von vollzogenen Tatsachen kennt die Geschichte nicht! Vom historischen Standpunkte aus müssen wir die Vorgänge von 1918 als eine Etappe der großen europäischen Freiheitsbewegung betrachten, die in Deutschland durch die Verfassung von Bismarck unterbrochen wurde. Unsere politischen Vorfahren sind die Generation von 1848, jene Männer, welche in reinster und edelster Absicht damals in der Paulskirche zur Schaffung einer den Zeitverhältnissen entsprechenden deutschen Reichsverfassung zusammentraten. In Weimar hat man wieder hier angeknüpft, als nach der Umwälzung am Ende des Krieges eine Neugestaltung des Reiches nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung ohne Unterschied des Berufes und Besitzes möglich war, auf der Grundlage der reinen Demokratie. Wenn man den Volksstaat dadurch in Mißkredit zu bringen sucht, daß man ihn für die ganzen Folgen des Zusammenbruches verantwortlich macht, so wäre hier Wahrhaftigkeit gewisser Kreise gegenüber geschichtlichen Tatsachen am Platze! Niemand, wer die Sache objektiv abwägt, wird zu dem Schlusse kommen, daß die Republik mit der Revolution in unmittelbaren Zusammenhang zu bringen ist. Die Verfassung von Weimar war die Beendigung der Revolution durch das Mittel einer neuen staatlichen Rechtsordnung. Wo waren jene Kreise, die durch Verdrehung der Geschichte der geltenden Verfassung gerne den Beigeschmack der Unrechtmäßigkeit und Ungesetzlichkeit geben, im Jahre 1918, als es galt, das staatliche und kulturelle Sein des deutschen Volkes zu erhalten?

Von katholischer Seite hat man oft die Frage aufwerfen hören: Sollen wir jetzt im Volksstaat aktiv mitarbeiten und damit auch das Werk von Weimar anerkennen oder uns abwartend verhalten? Wäre es nicht besser gewesen, der deutsche Katholizismus hätte sich an der Ausarbeitung der neuen Verfassung nicht beteiligt? Meiner Ansicht nach ist der Grund dieser Bedenken zum großen Teile darin zu suchen, daß man einerseits sich von dem fest eingewurzelten „Untertansgeist des Obrigkeitsstaates" nicht so rasch trennen konnte, andererseits keine klare Linie zwischen Revolution und Weimar zu ziehen vermochte. Der deutsche politische Katholizismus hat doch die Revolution weder gewollt noch betrieben. Wir sahen uns den neuen geschichtlichen Verhältnissen gegenübergestellt, zugleich waren wir mit allen national denkenden Männern der Ueberzeugung, daß der Reichszerfall nur durch eine neue, auf dem Boden des Volksstaates ausgearbeitete Verfassung verhindert werden könne. Damals galt es, die Gefahr der Klassenherrschaft und der Diktatur des Proletariats unter allen Umständen zu beseitigen. Die alte Staatsordnung war untergegangen und hat als solche für uns keine bindende Kraft. So war es damals unsere heilige Pflicht als Katholiken am Ausbau des Volksstaates mitzuarbeiten und unsere Kräfte den großen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Leo XIII, der politisch weitsehende Papst, legt dies in einem Rundschreiben von 1892 an die Bischöfe und Katholiken Frankreichs warm ans Herz, als sie den Anschluß an die Republik nicht finden konnten. Er weist u. a. darauf hin, daß nach katholischer Staatsauffassung die Staatsform als solche nicht die primäre Frage sei. Zuerst komme es auf das Wesen und Inhalt des Staats an, vor allem auf das Wohl des Volkes: „....Solche Änderungen sind keineswegs in ihrem Anfang immer rechtmäßig, ja es hält schwer, daß sie es seien. Dennoch bewirkt der höchste Gesichtspunkt des Gemeinwohles und der öffentlichen Ruhe die Pflicht, die neuen, im Besitzstande befindlichen Regierungen anzuerkennen anstatt der alten, tatsächlich nicht mehr vorhandenen. Auf diese Weise erscheinen die gewöhnlichen Regeln der Gewaltübertragung als suspendiert; und es kann sogar kommen, daß sie mit der Zeit völlig aufgehoben werden. Doch wie es sich auch verhalten mag mit diesen außergewöhnlichen Umwandlungen im Leben der Völker, deren Gesetze Gott allein zu berechnen vermag, deren Folgen der Mensch nutzbringend verwerten soll: Ehre und Gewissen verlangen auf alle Fälle eine aufrichtige Unterordnung unter die bestehenden Gewalten; dieselbe ist gefordert im Namen jenes höchsten unbestreitbaren unveräußerlichen Rechts, nämlich der gemeinsamen Wohlfahrt." Es gilt zunächst der Grundsatz: Salus publica, suprema lex! Das Wohl der Allgemeinheit ist oberstes Gesetz! In diesem Geiste hat der Katholizismus mit freudiger und opferwilliger Bereitschaft sein Bestes in Weimar eingesetzt. Zweifellos ist es von unserer Seite zu bedauern, daß der staatliche Fortschritt der Republik unter der gewaltsamen Zerstörung der alten Ordnung kommen mußte. Die Revolution d. h. die gewaltsame Staatsumwälzung ist und bleibt nach katholischer Staatsethik eine Unerlaubtheit und Sündhaftigkeit. Hätten wir uns nun in der Stunde, wo dieser unrechtmäßige Zustand beseitigt werden sollte, passiv verhalten sollen? In einer Zeit, wo unser Volk um Sein oder Nichtsein kämpfte? Als Glieder der Volksgemeinschaft haben wir uns hineinzustellen in die soziale Lebensgemeinschaft des neuen Volksstaates, wo wir selbst Träger des Staates und der Verfassung sind. Anstelle der feudalistischen und monarchistischen Ordnung soll jetzt ein Rechts-, Kultur- und Wohlfahrtsstaat treten; das bedeutet Volksstaat. Wenn es uns nicht gelingt, das deutsche Volksstaatsideal zu einer lebendigen und zündenden Kraft in der öffentlichen Meinung zu machen, wenn die Idee vom Volksstaat nicht Allgemeingut wird, dann trägt die Republik der Zukunft in sich die Gefahr des späteren Zerfalls. Ein Volk, das nach Tradition und Geschichte einen schwach entwickelten Staatswillen und Staatsgedanken hat, muß dem neuen Staate die innere politische Kraft geben, selbst Träger der neuen Idee sein zu können. Wir Katholiken müssen versuchen, die Klarheit und Einheit katholischer Staatslehre als Richtschnur in dem Wirrwarr unseres heutigen Staatslebens aufzustellen.

Nun noch ein Wort an die jüngere Generation, auf der das Schicksal unseres Volksstaates ruht, vor allem an die katholische Jugend! Wenn die Aelteren oft schwer eine innere Beziehung zum Neuen finden können, so ist das verständlich. Die Jugend muß eine andere Einstellung zur Schicksalsgemeinschaft der Republik haben! Sie hat den neuen Staat von seinen ersten Tagen erlebt, ist in ihm aufgewachsen. Dadurch, daß um uns äußerlich die Form des Volksstaates errichtet wurde, haben wir in uns noch lange nicht die Idee der Schicksalsverbundenheit des deutschen Volkes aufgenommen, haben wir noch nicht der leeren Form den vollen Inhalt gegeben! Das Ziel der Jugend muß sein der Volksstaat auf nationaler Grundlage! Die Schwäche unseres politischen und nationalen Sinnes muß überwunden werden, dadurch, daß wir unsere politisch noch unverbrauchte Kraft einsetzen für die hohe Idee der Volksgemeinschaft. Die Jugend läßt sich für Ideale begeistern. Ein solch erstrebenswertes Ideal ist der Volksstaat der Republik! Katholische Jugend heraus! Gemäß des Grundsatzes: „Das Alte lieben, für das Neue aber leben!"

Paris sucht Daudet

Paris, 27. Juni. Auf der Redaktion der „Action Francaise", deren Mitglieder um eine Flasche Champagner versammelt sind, um die Befreiung Leon Daudets zu feiern, wird über die Art und Weise, wie man die Mystifikation, durch die Daudet aus dem Gefängnis befreit wurde, durchführte, folgendes angegeben: Gegen 1 Uhr Mittag begab sich ein Camelot du Roy in das Ministerium des Innern. Elf andere Mitglieder der royalistischen Jugendorganisation verteilen sich auf elf Cafes, die in der unmittelbaren Nähe des Ministeriums gelegen sind, und verlangten sämtlich gleichzeitig die Telephonverbindung mit dem Ministerium des Innern, um die Telephonleitung zu blockieren. Der Camelot, der sich ins Ministerium des Innern begeben hatte, ließ sich von dort aus eine Verbindung nach dem Gefängnis geben und den Gefängnisdirektor ans Telephon bitten, dem er mitteilte: „Im Ministerrat ist die Freilassung von Leon Daudet, Delest, dem Geschäftsführer der „Action Francaise" und dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Semard, beschlossen worden. Ich bitte Sie, um Kundgebungen zu vermeiden, die drei Inhaftierten sofort unauffällig aus dem Gefängnis zu entlassen." Der Unterdirektor des Gefängnisses, der dieses Gespräch entgegennahm, gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß man den Kommunisten freilassen wolle; über die Freilassung Daudets war er nicht erstaunt. Der Camelot du Roy antwortete ihm in energischer Weise: „Sie haben sich darum gar nicht zu kümmern. Es liegt ein formeller Beschluß der Regierung vor. Sie haben den Befehl, den ich Ihnen erteilt habe, sofort auszuführen. Sie werden in Kürze Aufklärung erhalten. Für den Augenblick begnügen Sie sich damit. Hierauf wollte der Direktor des Gefängnisses sich vergewissern und rief das Ministerium an, dessen elf Leitungen besetzt waren, so daß er nur eine Verbindung und zwar die mit dem Camelot du Roy erlangte. Der Direktor erklärte, man habe soeben vom Innenministerium telephoniert und die Freilassung von Daudet und Semard angeordnet. Er möchte sich vergewissern, ob die Nachricht richtig ist. Der Cemelot du Roy antwortete: „Ich selbst habe den Befehl des Ministers übermittelt, beeilen Sie sich. Ich bin der Unterdirektor seines Privatkabinetts, und wenn der Befehl nicht sofort ausgeführt wird, werde ich dafür verantwortlich gemacht. Das kann zu Unannehmlichkeiten führen, denn die Presse ist bereits von der Tatsache unterrichtet." Daraufhin begab sich der Direktor sofort in die Zelle Daudets, der sehr überrascht war, vor Erregung zu weinen begann und den Gefängnisdirektor umarmte. Dieser forderte Daudet auf, möglichst schnell seine Kleider zu packen und das Gefängnis zu verlassen. Darauf begab er sich mit der gleichen Nachricht in die Zelle von Delest. Inzwischen hatten die Camelotts du Roy vor dem Gefängnis eine Kraftdroschke vorfahren lassen. Der Gefängnisdirektor begleitete die beiden Entlassenen bis zur Schwelle des Gefängnisses. Sie bestiegen das Auto und führen in der Richtung des Boulevards Arago davon.

Fieberhafte Suche, aber ergebnislos

Paris, 27. Juni. Funkspruch. Die französische Polizei befindet sich immer noch auf der lebhaften Suche nach Daudet und Delest, die am Samstag auf so mysteriöse Weise aus dem Gefängnis befreit wurden. Sämtliche Polizeidistrikte haben den Auftrag erhalten, die beiden Royalisten, sobald sie ihrer habhaft werden sollten, zu verhaften und unverzüglich nach Paris ins Gefängnis einzuliefern. Wie „Paris Midi" feststellt, wisse man immer noch nicht, wer den Gefängnisdirektor angerufen hat. Ebensowenig kann man sich erklären, wie die falsche Verbindung zu dem Gefängnisdirektor geleitet wurde und wie es weiter möglich war, das zum zweiten Male die Verbindung falsch geleitet wurde und so einem Anhänger Daudets Gelegenheit gegeben wurde, zum Gelingen des Planes beizutragen. Die Polizei glaubt nun, daß die Telephonistin, die die Verbindung hergestellt hat, die Schuldige sei. Die Möglichkeit, daß der Verräter sich im Ministerium selbst befand und von dort aus den falschen Befehl und die Bestätigung gab, wird auch heute noch zugegeben, obgleich im allgemeinen man ihr nicht recht beistimmen kann.

Doch noch eine Verständigung

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. **Berlin, 27. Juni 1927.**

Nach den heute aus Paris in Berlin eingetroffenen Meldungen ist die Verständigung über das deutsch-französische Handelsprovisorium nach dem letzten Gang der Verhandlungen nun doch noch als möglich anzusehen. Die Vereinbarungen, die die deutschen Unterhändler mit der französischen Handelsdelegation in Paris getroffen haben, lassen nach Mitteilungen an zuständigen Berliner Stellen eine Verlängerung des Provisoriums auf kurze Zeit als möglich erscheinen, und darüber hinaus dürfte günstigere Aussicht auf Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag noch in letzter Stunde zutage getreten sein.

Zur Zerstörung der Ostfestungen

Berlin, 27. Juni. General v. Pawelsz hatte, wie den Blättern mitgeteilt wird, als Reichskommissar am Samstag die Experten der Botschaften zu einer Besprechung eingeladen und ihnen dabei die Mitteilung gemacht, daß Deutschland eine Besichtigung der zerstörten Befestigungen vorschlägt. Die Experten haben nun davon ihrerseits ihre Regierungen unterrichtet.

Eröffnung des Kongresses der internationalen Handelskammer

Stockholm, 27. Juni. Funkspruch. Im festlich geschmückten Konzertsaal fand heute vormittag im Beisein des schwedischen Königs, des Kronprinzenpaares, des diplomatischen Korps, sowie von Vertretern der schwedischen Regierung die Eröffnung des vierten Kongresses der internationalen Handelskammer statt. Nach Absingen der schwedischen Nationalhymne sprach der Vorsitzende der schwedischen Landesgruppe Wallenberg zuerst dem König und hierauf den übrigen geladenen Gästen den Dank der internationalen Handelskammer für die Teilnahme an der Eröffnungssitzung aus. Dann begrüßte Wallenberg die deutschen Delegierten in deutscher Sprache, wobei er der Hoffnung auf ersprießlich Mitarbeit der in besonderem Maße sachverständigen deutschen Delegierten Ausdruck gab. Weitere Begrüßungsworte richtete er an die zum ersten Mal an dem Kongreß teilnehmenden Vertreter Albaniens, Estlands und Finnlands, sowie an den Vertreter der Vereinigten Staaten, dem er den Dank des schwedischen Volkes für den freundlichen Empfang des schwedischen Kronprinzenpaares in Amerika übermittelte. Der Redner gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen des Kongresses zu Beschlüssen führen würden, durch die das Programm der internationalen Handelskammern verwirklicht werden könnte. Aufgabe der internationalen Handelskammer sei nicht nur Besserung der Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ländern, Versuche zur Lösung wirtschaftlicher Probleme, sondern Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern und damit Mitwirkung an der Erhaltung des Friedens.

Sir Alland G. Anderson, der geschäftsführende Präsident der internationalen Handelskammer, sprach hierauf der schwedischen Landesgruppe seinen Dank für die Vorbereitung des Kongresses aus und widmete dem verstorbenen Präsidenten Dr. Walter Laef, der sich um die Entwicklung der internationalen Handelskammer im besonderen Maße verdient gemacht hat, Worte aufrichtiger Anerkennung. Allan G. Anderson führte dann aus, daß der heutige Welthandel unter zu vielen und zu großen Hemmnissen leidet. Wenn die I. H. K. die ehrliche Absicht habe zu arbeiten, müsse sich vor allen Dingen darüber klar werden, wie sie an diese Hemmnisse heranzutreten habe. Dabei müsse auch daran gedacht werden, daß „Hemmnisse" nicht nur alle in „Tarife" seien. Aus dem Bericht der Genfer Weltwirtschaftskonferenz könne man mit Befriedigung ersehen, daß die Arbeit des Ausschusses in den Augen der Welt einen bedeutenden Fortschritt in wirtschaftlicher Beziehung ermöglicht hat. Der Redner gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß die am Kongreß teilnehmenden Vertreter der einzelnen Industriegruppen zu inoffiziellen Besprechungen zusammenkommen, um sich offen über alle Fragen auszusprechen.

Mit der Aufforderung, an die Arbeit zu gehen und für den Frieden zu arbeiten, schloß Präsident Wallenberg dann den Eröffnungsakt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutscher Reichstag

Deutsch-italienischer Vergleichsvertrag, Pachtschutzordnung, Wirtschaftliche Betriebe des Reiches.

Berlin, 27. Juni. Funkspruch. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Die zweite Lesung des Gesetzes über Kriegsgerät wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der bekanntlich nach Oslo verreist ist, einige Fragen von Reichstagsabgeordneten zu diesem Thema selbst beantworten will.

Es folgt die Beratung eines sozialdemokratischen nischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages.

Abg. Schücking (Dem.) begrüßt als Vorsitzender deutscher Gruppe der antiparlamentarischen Union diesen Vertrag aufs wärmste. Die Schiedsgerichtsverträge sind ein erneuter Beweis dafür, daß der Gerechtigkeitsgedanke marschiert.

Abg. Stöcker (Kom.) glaubt nicht, daß durch solche Verträge verhindert werden könne, daß die Völker Krieg führen.

Abg. Dr. Breitscheid (Sozialdem.) weist kommunistische Angriffe gegen die Sozialdemokraten zurück. Es gehöre eine große Phantasie dazu, den deutsch-italienischen Vertrag als ein Instrument neudeutschen Imperialismus zu bezeichnen. Wenn die Möglichkeit besteht, durch den vorliegenden Vertrag die Kriegsgefahr für Deutschland wenigstens zu mildern, so könnten nur Toren einen solchen Vertrag ablehnen. Wir stimmen dem Vertrag zu, obgleich wir die schärfsten Gegner der italienischen Außen- und Innenpolitik sind.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. V. P.) betont, solche Verträge seien die notwendige Ergänzung der Locarnopolitik. Italien stehe ebenso wie Deutschland vor dem schweren Problem, seiner Bevölkerung Land und Arbeit zu verschaffen. Hier gäbe es bei gutem Willen viele gemeinsame Aufgaben. Gewisse Reden in Italien hätten freilich nicht die Lust zu einem Zusammenarbeiten mit Italien in Deutschland gefördert.

Der Vertrag wurde darauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage zur Verlängerung der Pachtschutzordnung um zwei Jahre bis 1929. Der Siedlungsausschuß beantragt ferner eine Aenderung dahin, daß eine Frauenhilfspflicht auf Grund von Heuerlingsverträgen solange nicht besteht, als die Frau durch Mutterschaftspflichten, Krankheit in der Familie usw. an der Arbeit gehindert ist.

Abg. Tempel (Sozialdem.) fordert ein neues Pachtrecht.

Abg. Rönneburg (Dem.) fordert ebenfalls ein Dauergesetz. Die Pachtschutzordnung habe sich bewährt. Sie sei ein Erfolg der steuerlichen Bewegung. Der Redner empfiehlt eine Herabsetzung der Pachtpreise.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung der Bestimmung, die eine Reihe on Verträgen der Pachtschutzordnung enthält, wird mit 180 gegen 155 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die Vorlage wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, wonach Reichstagsabgeordnete dem Reichstagspräsidenten von der Uebernahme von Aufsichtsratsposten Mitteilung zu machen haben.

Abg. Henning (Völkisch) begrüßt es, daß die Sozialdemokratie endlich gegen die verhetzte Korruption Front zu machen beginne.

Der Antrag geht an den Haushaltungsausschuß.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei verlangt unter anderem Verlängerung der Nachhaltungsfrist von zwei auf fünf Jahre, Ermöglichung der Haltungsgebühren usw. Der volkswirtschaftliche Ausschuß ersucht um eine Gesetzesvorlage, die diese Vorschläge berücksichtigt, soweit sie mit den Interessen der Allgemeinheit verträglich sind. Der Ausschußantrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages über Kürzung der Versorgungsbezüge. Der Antrag fordert unter anderem die Streichung von Bezügen von Beamten und Militärpersonen, die an hochverräterischen Putschen gegen die Republik teilgenommen haben und deswegen rechtskräftig verurteilt worden sind. Soweit der Antrag die Anrechnung von Privateinkommen auf die Pensionen betrifft, ist die Beratung bis zur Vorlegung der neuen Besoldungsvorlage zurückgestellt worden. Der Ausschuß beantragt, die Forderung über die Streichung der Bezüge abzulehnen.

Abg. Roßmann (Sozialdem.) nennt es einen ungeheuerlichen Skandal, daß Hochverräter wie Lüttwitz hohe Pensionen von der Republik beziehen, die sie bekämpfen. Die Witwe Eisners aber, der wirklich im Dienst von Mörderhand niedergestreckt wurde, ist bis heute noch ohne Versorgung. (Lärm links.)

Auf Antrag des Abg. Dittmann (Sozialdem.) wird der Antrag an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen.

Es folgt die Beratung eines Antrages Loibl (Bayr. Volkspartei) auf Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reiches. Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung, die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches mit Ausnahme der gemeinnützigen öffentlichen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

Abg. Schmidt-Berlin (Sozialdem.) bestreitet, daß die Handwerkerinteressen durch die öffentlichen Betriebe geschädigt würden.

Abg. Loibl (Bayr. Volksp.) stellt fest, daß an eine Beseitigung der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe nicht gedacht werde. Die Reichsdruckerei schädige durch ihre Preispolitik die privaten Druckereien. Man wolle die Reichsdruckerei nicht beseitigen, aber sie müsse den Umfang eines normalen Betriebes annehmen. Die Ausdehnung der Eigenbetriebe der Krankenkassen müsse verboten werden.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 16 Uhr. Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

Schluß 19¾ Uhr.

Um die Beamtenbesoldung

Verurteilung der Beamtendemonstration.

Berlin, 27. Juni. Funkspruch. In der weiteren Aussprache über die Anträge zur Beamtenbesoldungsreform im Haushaltsausschuß des Reichstages wandten sich die Vertreter der Regierungsparteien scharf gegen die letzten Demonstrationen der Beamten.

Abg. Dr. Quaatz (DN.) warnte die Beamten, sich von denen, die grundsätzlich Gegner des Berufsbeamtentums seien, auf die Straße locken zu lassen und die Grundfesten der Staatsautorität zu erschüttern. Er rief die Beamten zurück von dem Wege der Demagogie zum Wege der Besonennheit. Das demagogische Auftreten der Beamten im Lustgarten werde die Regierung nicht verleiten, vom Wege der besonnenen Staatsklugheit abzugehen.

Auch der volksparteiliche Abgeordnete Morath betonte, daß man mit der Aufforderung zur passiven Resistenz das Berufsbeamtentum totschlage.

Abg. Groß (Ztr.)) hielt die Wendung des Ministers von „hysterischen Kundgebungen" für gerechtfertigt, wenn man höre, daß zum Schluß der Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt die Marsaillaise gesungen und ein Hoch auf die Internationale ausgebracht wurde.

Der Vertreter der bayerischen Regierung, Staatsrat von Wolff, wandte sich gegen die Kritik an den Ländern. An der einhelligen Stellungnahme der Finanzminister der Länder könne man nicht vorübergehen. Bayern habe zwar mehr Behörden, aber nicht mehr Beamte als Norddeutschland. Demgegenüber erklärte der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Fremer, daß das bayerische Innenministerium durch die Bildung von Tochterministerien seinen Personalbestand seit dem Krieg vervierfacht habe. Die Länder sollten dem Beispiel Braunschweigs folgen, das mit Hilfe des Sparkommissars eine Rationalisierung der Verwaltung vornehme. Die weitere Aussprache wurde vertagt.

Die Aenderung des Reichsbeamtengesetzes im Reichstagsausschuß

Berlin, 27. Juni. Funkspruch. Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten beschäftigte sich heute mit einigen Anträgen, die eine Aenderung des Reichsbeamtengesetzes zum Ziel haben. Nach dem volksparteilichen Antrag soll das Reichsbeamtengesetz im Paragraphen 155 folgende Fassung erhalten: „Die Entscheidungen der Reichsdienst-, Straf- und Verwaltungbehörden darüber, ob und von welchem Zeitpunkt ab ein Reichsbeamter aus seinem Amt zu entfernen, in den Ruhestand zu versetzen oder vorläufig seines Dienstes zu entheben sei und über die Verhängung von Ordnungsstrafen sind für die Beurteilung der von dem Gericht geltend gemachten vermögensrechtlichen Ansprüche maßgebend. Das gleiche gilt hinsichtlich der Entscheidung der Verwaltungsbehörden darüber, von welchem Zeitpunkt ab ein Reichsbeamter gemäß § 24 einstweilen in den Ruhestand zu versetzen sei". Ein deutschnationaler Antrag wünscht folgenden Zusatz zu dem gegenwärtig geltenden Paragraph 155: „Die Frage, ob die Voraussetzungen des Paragraphen 24 (Ruhestandversetzung) zutreffen, unterliegt jedoch der richterlichen Beurteilung". Das Reichsministerium wird zunächst die Stellungnahme des Reichskabinetts zu diesen Anträgen abwarten. Der Ausschuß vertagte sich daher, ohne Beschlüsse zu fassen.

*

Zusammenstöße mit der Besatzung

Neustadt a. d. Hardt, 27. Juni. Funkspruch. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Sonntag vor acht Tagen auf dem Flugplatz Lachen-Speyerdorf eine Schlägerei zwischen französischen Soldaten und mehreren deutschen Staatsangehörigen, in deren Verlauf zwei Franzosen erhebliche Verletzungen erlitten. Von Beamten der französischen Landgendarmerie wurden sofort umfangreiche, die ganze Woche über dauernde Nachforschungen nach den am Streit beteiligten Deutschen angestellt, denen selbstverständlich die ganze Schuld an den bedauerlichen Vorfällen zugeschoben wird. Ein Speyerdorfer Bürger wurde nach dem Verhör verhaftet, am letzten Donnerstag jedoch wieder frei gelassen. Am Freitag wurden neuerdings wegen der Vorfälle zwei junge Leute aus Haßloch festgenommen, während zwei andere Deutsche sich der ihnen drohenden Verhaftung durch die Flucht entziehen konnten. Da die Untersuchung von der französischen Gendarmerie geführt wird, ist es unmöglich, ein richtiges Bild von den Vorfällen zu gewinnen. Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß es in Lachen-Speyerdorf schon seit den ersten Tagen der Besatzung zwischen Soldaten und Einheimischen immer wieder zu größeren oder kleineren Reibereien kam. Alle Zwischenfälle liegen darin begründet, daß auf dem Flugplatz Lachen-Speyerdorf mehr Besatzungsangehörige stationiert sind, als die Gemeinde Einwohner zählt.

Gibson mit dem Verlauf zufrieden

Keine Forderung Italiens.

Genf, 27. Juni. Funkspruch. Der Präsident der Seeabrüstungskonferenz, Botschafter Gibson, erklärte heute der Presse, daß er entgegen verschiedenlichen Pressemeldungen bisher keine neuen Instruktionen aus Washington erhalten habe. Er betonte weiter, daß alle Gerüchte über ernste Schwierigkeiten in den Verhandlungen der drei Delegationen nicht den Tatsachen entsprechen. Er sei mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen durchaus zufrieden. Die amerikanische Delegation halte an den Bestimmungen des Washingtoner Fünfmächtabkommens als Basis der gegenwärtigen Verhandlungen fest und werde keinerlei Abänderungen dieses Abkommens ihre Zustimmung geben. Zu der in den letzten Tagen in der Presse erörterten Frage eines Sicherheitspaktes müssen England, Amerika und Japan erst Stellung nehmen.

Das Sachverständigenkomitee, das in der nächsten Zeit täglich zusammentreten wird, hielt heute wiederum eine Sitzung zur Prüfung der Frage ab, welche kleineren Seestreitkräfte aus den zukünftigen Abrüstungsabkommen zwischen den drei Mächten herausgelassen werden sollen. Ferner wird auf Antrag der englischen Delegation eine feste Unterscheidung zwischen Kreuzern und Zerstörern getroffen.

Ein Genfer Morgenblatt bringt heute die Meldung, daß der von der italienischen Regierung entsandte Beobachter von seiner Regierung die Instruktion erhalten habe, auf der Konferenz die Forderung Italiens geltend zu machen, die gleiche Anzahl Unterseeboote wie Frankreich zu erhalten und insbesondere eine Ausdehnung des in Washington festgelegten Stärkeverhältnisses auf die Unterseeboote Italiens abzulehnen. Hierzu wird von zuständiger italienischer Seite erklärt, daß der italienische Beobachter lediglich die Aufgabe habe, sich über den Fortgang der Verhandlungen zu informieren. Er habe keinerlei Instruktionen erhalten, der Konferenz irgendwelche italienischen Forderungen vorzulegen.

Drei Personen ertrunken.

Berlin, 27. Juni. In der Nähe der Draziger Brücke bei Kreuz in der Ostmark kenterte beim Wechseln der Plätze ein mit drei Personen besetztes Ruderboot auf der Netze. Alle drei Insassen ertranken.

Republikanische Kundgebung in Karlsruhe

Karlsruhe, den 27. Juni.

Der systematische Kampf, den Dr. Wirth zusammen mit dem Reichsbanner für die Vertiefung des republikanischen Gedankens im allgemeinen, und gegen die Deutschnationalen in der Regierung im besonderen führt, fand in der Karlsruher Festhalle seine Fortsetzung. Das stürmische Für und Wider, das alle diese Reden in der gesamten Presse fanden, ließ den Abend mit großer Spannung erwarten. Eine besondere Bedeutung kam der Veranstaltung durch den Umstand zu, daß alle Redner von hier aus ihre große politische Entwicklung genommen haben. Diese Tatsache, verbunden mit dem glänzenden Ruf, den Dr. Wirth als Redner besitzt, führte nicht nur Reichsbannerleute, sondern auch zahlreiche sonstige Republikaner, sowie auch viele Gegner dieser Bewegung, in die Festhalle, sodaß sie wieder einmal bis auf den letzten Platz besetzt war.

Ungeheurer Beifall begrüßte die Redner bei ihrem Eintritt in den Saal an der Spitze langer Kolonnen des Reichsbanners.

Ein schneidiger Marsch der Reichsbannerkapelle eröffnete den Abend. Der Gesangverein Lassalia fand mit einem ausgezeichnet vorgetragenen Chor ebenfalls reichen Beifall.

Als erster Redner betrat hierauf

Reichstagsabgeordneter Schöpflin

das Rednerpult, nachdem Herr Reinmuth die Anwesenden, besonders aber die Redner des Abends, herzlich begrüßt hatte.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Herr Schöpflin den sozialen Gedanken, der sich neben dem demokratischen Gedanken durchsetzen muß, wenn Deutschland eine wahre Republik werden will. Soziale Gesetze und die Verwaltung muß dem wirtschaftlich Schwachen helfen und ihn dadurch zu einer Staatsgesinnung heranziehen. An den Anfang dieser Arbeit muß eine Umbildung des Reichstags und der Reichsregierung treten. Die Arbeit für die nächsten Reichstagswahlen muß heute schon beginnen, um jene 30 Sitze zu schaffen, die einer republikanischen Mehrheit im Reichstage fehlen. Schon damit kann man aktiv für Völkerversöhnung und Völkerverständigung und damit auch für den sozialen Gedanken arbeiten.

Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Sodann ergriff

Reichstagsabgeordneter Dr. Haas

das Wort, um die Zuhörer durch seine feinsinnigen, wohlbesonnenen Ausführungen mitzureißen. Seine Rede sucht die Republik in ihrem gegenwärtigen Sein und ihrem Werden klarzulegen. Nach der Revolution mußte der republikanische Gedanke erst geschaffen werden. Die außenpolitische Linie, die Dr. Wirth eingeschlagen hat, ist dieselbe geblieben. Die Erwartungen, die man auf Locarno und Thoiry setzte, haben sich nicht in dem Maße erfüllt. Durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung wurde die Lage nicht besser, denn man gab dadurch den Chauvinisten eine Waffe in die Hand, die sie gegen eine Verständigungspolitik brauchten. Aus diesem Grund hat Dr. Wirth vor der neuen Regierung gewarnt. Die Richtlinien würden in einer Linksregierung besser eingehalten. Zudem treiben die Deutschnationalen eine verwerfliche Doppelpolitik, wenn sie den Stahlhelmtag bejubeln, der in seinem Programm in keiner Weise mit den Richtlinien übereinstimmt. Die Republik ist zwar nicht gefährdet und kann mit Gewalt nicht beseitigt werden durch das Bestehen des Reichsbanners. Aber auch keine Republik kann unsozial und unreaktionär sein. Den Deutschnationalen ist es mit ihrem Nationalismus nicht um den Kaiser zu tun, sondern um den Einfluß der Schichten, die sie vertreten. Wenn dies so weit ist, sind sie auch mit der Republik zufrieden. Um dieser Gefahr zeitig entgegenzuarbeiten, brauchen wir eine starke Staatsautorität. Durch eine Personalpolitik, die an Zielbewußtsein von der früheren Regierung lernen kann, kann in diesem Sinne viel erreicht werden, muß erreicht werden, soll der Staat nicht an innerer Morschheit zu Grunde gehn. Wir brauchen eine Sozialpolitik und einen wahrhaft demokratischen Staat. Es kann daher nicht länger ertragen werden, daß die Republikaner von den verantwortungsvollen Stellen zurückgedrängt werden. Ausführlich geht der Redner auf das Reichsbanner, seine Aufgaben und seine Leistungen ein. Eines der glücklichsten Ziele ist die Schaffung eines überparteilichen Gemeinschaftsgeistes. Trotz aller Gegensätze in den Parteien weiß man sich einig in dem Kampf für die Republik.

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen fordert der Redner zu treuer Pflichterfüllung auf, um das Ziel, jene 30 Sitze zu bekommen, zu erreichen. Dann wäre der Staat des deutschen Volkes, der soziale, republikanische und demokratische Staat geschaffen.

Nachdem der Beifall für die halbstündigen Ausführungen von Dr. Haas sich gelegt hatte, trat

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth

an das Rednerpult, bei seinem Erscheinen gleich durch langanhaltendes Bravo und Händeklatschen geehrt. Dr. Wirth sah erfreulich frisch aus, fast verjüngt, möchte man sagen nach den langen Anfällen von Krankheit. Elastisch und mit der Sicherheit eines, der Macht hat über das Volk, trat er vor die große Versammlung, er, der geborene Volksredner mit dem warmen Herzen und der edlen Begeisterung. Und er bezauberte wiederum, wie immer, alle durch den sympathischen Schwung seiner Rede, in der der Mut zur Wahrheit so feurig mit der Liebe zum Volke um die Palme ringt. Geradheit und Lauterkeit des Charakters, Biederkeit des Herzens und Festigkeit des Entschlusses sind Schlüssel zum Verständnis seiner Popularität, wie sie neben ihm wohl kein lebender deutscher Politiker besitzt. Schon das erste Wort aus seinem Munde, der so gemütlich-alemannisch die schärferen Thesen zu formulieren weiß, stellte den engsten Kontakt mit seinen Hörern her.

Nicht um anzuklagen oder sich zu verteidigen, sei er hierher gekommen, sondern um das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als die Kerntruppe der deutschen demokratischen Republik aufzurufen gegen die Kräfte der Reaktion, sie mit neuem Mut hiefür zu beleben. Was er s. Zt. schon in Königsberg sagte, wiederhole er auch heute wieder offen und ehrlich: Sein Ziel ist die Herstellung einer republikanischen Regierung und den Sturz der bisherigen. Das bedeute nicht Sturz der Autorität, wie man ihm mancherorts vorwerfe; diesen Vorwurf habe man den reaktionären Parteien freilich nicht gemacht, als sie vor einigen Jahren dem politischen Meuchelmord Vorschub leisteten und die Republik systematisch zu unterhöhlen strebten. Er, Wirth, wolle auch keine neue Partei gründen, sondern alle bestehenden politischen Parteien aufrütteln zu politischem Handeln. Er bediene sich der republikanischen Bewegung, die eine Volksbewegung ist, um einen Einbruch in die reaktionäre Phalanx zu machen. Mit Festigkeit müsse dem deutschnationalen Liebeswerben um den Einheits- und Bürgerblock entgegengetreten werden, dessen verkappter Zweck es sei, die Besitzrechte der alten herrschenden Schichten wiederherzustellen.

Dr. Wirth streifte dann kurz die Außenpolitik, die gegenwärtige Atmosphäre der internationalen Spannungen und Verwicklungen, um die Mittlerrolle Deutschlands zwischen den sich befehdenden Völkern darzutun, und zwar in der Institution des Völkerbunds. Scharf wendet sich der Redner gegen die Politik der Isolierung Rußlands durch Frankreich, England und Amerika. Deutschland müsse es ablehnen, eine Politik zu unterstützen, die ein anderes Volk durch Isolierung zerschmettern will. Im wirtschaftlichen Ueberzogensein der Welt mit Trusts, Monopolen und Syndikaten, wo also die wirtschaftliche Entwicklung unaufhaltsam der Ohnmacht des Einzelnen und einzelner Nationen zutreibe, könne nur noch die Entscheidung vom Politischen her fallen. Darum politische Schulung des Einzelnen durch die republikanischen Parteien, ein treues und festes Stehen zum Staat.

Mit einem Appell, schon jetzt zu den nächsten Reichstagswahlen im Sinne der demokratisch-republikanischen Parteien zu rüsten, schloß Dr. Wirth seine einstündigen, hie und da mit Beifall unterstrichenen Ausführungen.

Der Vorsitzende des Karlsruher Reichsbanners, Herr Reinmuth, sprach den Rednern des Abends, besonders Dr. Wirth, den Dank der Versammlung aus, indem er ein Hoch! auf diese ausbrachte.

Gegen ¾11 Uhr endete die Kundgebung, die den republikanischen Gedanken in Karlsruhe neu zu stärken geeignet war. Wer eine Art Sensation hinter der Rede Dr. Wirths vermutete oder wer gar mit Schadenfreude inbezug auf etwa auszuteilende Hiebe auf das Zentrum gekommen war, sah sich allerdings enttäuscht. Man hatte den Eindruck, als ob Dr. Wirth sich auch in Zukunft nicht von der bisher eingehaltenen Bahn der Zentrumszugehörigkeit abbringen lasse. Die Mahnung, die er an die Zentrumshörer richtete, klang nicht anders, als er sie in all den Jahren mit der Unterstreichung des sozialen und republikanischen Moments auch schon erklingen ließ.

Baden

A, Zur Wahlrechtsänderung in Baden

Die badische Wahlrechtsreform läßt offenbar einige enttäuschte und ängstliche Gemüter nicht so schnell zur Ruhe kommen, obwohl auch von der gesamten nicht kommunistischen Landtagsopposition gerechterweise wiederholt anerkannt werden mußte, daß die Neuordnung gegenüber dem bisherigen Zustand einen ganz erheblichen Fortschritt bildet. Zu den Gegnern der Reform gesellte sich auch noch der ehemalige Karlsruher Oberbürgermeister Siegrist, der bei den letzten badischen Gemeindewahlen zur allgemeinen Ueberraschung damit wieder ins politische Leben eintrat, daß er sich als Stadtverordneter „der Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung" auf das Karlsruher Rathaus entsenden ließ. Herr Siegrist hat in Nr. 8 des in Pforzheim erscheinenden Halbmonatsblattes der Aufwertungspartei einen Wahlrechtsaufsatz veröffentlicht, worin er an sich nichts Neues sagt, aber zu einer schroffen Ablehnung kommt.

Herr Siegrist wirft die Frage auf, ob die Aenderung des Wahlverfahrens im Interesse des Landes und des Volkes notwendig und weckmäßig sei und ob sie dem Sinn und dem Geist der Verfassung gerecht werde. Wenn Herr Siegrist ohne allzulange Erwägungen und Ueberlegungen zu einer glatten Verneinung dieser Frage kommt, so sind seine Beweggründe sehr durchsichtig. Ums Wohl des Volkes kümmert er sich dabei aber doch recht wenig. Herr Siegrist denkt dabei recht einseitig und parteiegoistisch. Er beurteilt den Wert oder Unwert der Wahlrechtsänderung lediglich von seinem parteipolitischen Standpunkt aus. Alles andere scheint ihm gleichgültig zu sein. Darin hat Herr Siegrist jedoch sehr wohl recht, daß die in den letzten Jahren zutage getretene Wahlmüdigkeit und Verdrossenheit verschiedene Ursachen hat, u. a. auch die oft geradezu maßlose Hetze seiner Parteigruppe, die nicht immer davon ausgeht, daß des Volkes Wohl das oberste Gesetz ist. Eine Hauptursache der viel zu geringen Wahlbeteiligung aber liegt, wie man — wenn man nur will — in Wählerkreisen allerorts immer wieder deutlich hören kann, namentlich in der mangelhaften und allzu lockeren Verbindung des Wählers mit „seinen" Abgeordneten und in der geradezu maßlosen Zersplitterung in kleine und kleinste Parteien ohne staatspolitische Einstellung. Ein Parlament muß im Interesse des Staates und des Volkes arbeitsfähig bleiben, wenn es sich nicht selbst sein Grab schaufeln und das Volksganze aufs Schwerste gefährden will. Oder nicht Herr Siegrist? Herr Siegrist ist jedenfalls auf eine schiefe Ebene abgerutscht, wenn er glaubt, daß die Eröffnung gewisser Schranken gegen die weitere Parteizersplitterung eine bedenkliche Verleugnung des demokratischen Grundgedankens der badischen Verfassung" darstelle. Der politisch wirklich demokratisch denkende Volksteil — Herr Siegrist war zwar auch einmal „Demokrat, aber nur vorübergehend! — hat es jedenfalls herzlich satt, durch ein Wahlverfahren, das selbst Abenteurern wie dem jetzt toten Häuser gestattete, eine eigene Wahlliste aufzustellen, der Lächerlichmachung, ja der Zerstörung des Volksstaates geradezu Vorschub zu leisten. Es ist im übrigen ja absolut falsch, daß jede neue Parteibildung unmöglich gemacht wird. Wenn eine neue Bewegung sich entwickelt und im Volke einigermaßen Anklang findet, wird es ihr auch unter dem neuen badischen Verfahren über kurz oder lang sehr wohl möglich sein, in entsprechender Stärke in das Parlament einzurücken. Mit den be—rühmten Ein — oder — Zweimännerfraktionen ist niemand geholfen, vor allem nicht dem Volke! Mit einer Erschwerung der Wahlfreiheit haben die gesetzlichen Vorkehrungen gegen eine weitere Zersplitterung und Zerstörung des politischen Lebens nicht das Mindeste zu tun. Herr Siegrist würde auf alle Fälle viel besser daran tun, mit seinem scharfen Vorwurf über die Entrechtung politisch Andersdenkender, etwas vorsichtiger zu sein. Herr Siegrist war ehedem — d. h. den größten Teil seines Lebens — nationalliberal, sogar sehr nationalliberal, und wie in Karlsruhe allgemein bekannt ist keiner von denen, die früher besonders demokratisch gefühlt und gehandelt haben. Es wird von ihm erzählt, daß er auch als Oberbürgermeister von Karlsruhe mancherlei getan habe, um politisch Andersdenkende, darunter auch Zentrumsleute niederzuhalten. Seine Partei ist es gewesen, die den Ast nicht absägen wollte, auf dem siesich so wohl fühlte. Seine Partei war es auch, die sich auf den Standpunkt stellte: „Wir haben die Macht, und wer die Macht hat, der besitzt das Recht!" Herr Siegrist war nicht nur ein Freund des indirekten Wahlrechtes, im Lande, sondern auch ein Anhänger des Dreiklassenwahlrechts in der Gemeinde, bis es nicht mehr anders ging. Herr Siegrist ist darnach in keiner Weise dazu besonders legimitiert, uns vom Zentrum und anderen politischen Parteien eine solche Vorlesung darüber zu halten, was die Grundsätze der Demokratie, und die Forderungen des politischen Anstandes, sowie des Rechtes und der Billigkeit in Wahlrechtssachen erfordern. Soviel für heute!

Gegensätze

Unterm 23. Juni wurde in den Blättern berichtet, daß die evangelische Schulsynode des Kirchenbezirks Oberheidelberg, die von über 100 Lehrern und Geistlichen besucht war, eine Entschließung angenommen habe, die sich entschieden gegen den Abschluß von Konkordaten oder Kirchenverträgen ausspricht, in denen staatliche Bindungen bezüglich der Schule enthalten sind.

Im Lager der Evangelischen ist man auch in dieser Frage durchaus gegensätzlicher Anschauung. Im „Reichsboten" (Nr. 136) schrieb jüngst ein evangelischer Geistlicher — Pastor W. Hof, Windheim a. d. W. — über die Stellungnahme von evangelischer Seite zum Konkordat und zwar gerade bezüglich der Schulfrage folgendes:

„Wir glauben es irgendwo in Stöckers Kirchenpolitischen Aufsätzen gelesen zu haben, daß der im Kulturkampf der 70erJahre des verflossenen Jahrhunderts gegen die katholische Kirche geführte Schlag in Wirklichkeit die evangelische Kirche getroffen habe. Aehnlich scheint es uns jetzt mit dem Kampf um das Konkordat zu gehen, auch wenn die Gegnerschaft eine andere ist. Man will die katholische Kirche treffen, sei es auch um des lieben Friedens willen, trifft aber auch hier in Wirklichkeit die evangelische Kirche. Denn was wir bis jetzt im Kampfe um das Konkordat erlebt haben, dient sicher nicht dem Frieden und man kann es schon auf Schritt und Tritt spüren, wie die Glieder der katholischen Kirche in Nord und Süd zusammengeschweißt werden, weil es sich, ganz besonders auch auf dem Gebiete des Schulwesens, um ihre Sache handelt. Aber es wird bei der dauernden Betonung der Staatsoberhoheit eine Stimmung erzeugt, die auch der evangelischen Kirche gefährlich zu werden droht. . Man denke nur an das Gebiet der Schule . . . . . Der Kampf geht auch heute noch trotz des kommenden Reichsschulgesetzes um die christliche Schule. Wer soll denn nun für diese sich einsetzen? Etwa nur die christliche Elternschaft? Aber bedarf nicht auch diese der Führung? Aber wer soll denn diese Führung übernehmen? Etwa die Lehrerschaft? Wir wissen, was der deutsche Lehrerverein im Laufe der letzten Jahrzehnte gemacht hat, und wir haben im westfälischen Schulkampfe Proben dieser Führung wieder genugsam kennen gelernt. Wagen wir es doch ruhig auszusprechen: Die christliche Elternschaft bedarf im Kampfe um die christliche Schule der Führung der Kirche; denn ihr gehören die Eltern, und ihr gehören die Kinder; und um dieser Eltern und dieser Kinder willen hat die christliche Kirche trotz aller Oberhoheit des Staates ein ungemein tiefes Interesse nicht nur an der Erhaltung, sondern auch an der Gestaltung des christlichen Schulwesens.

Halten wir nun mit allem Nachdruck daran fest, daß die Kirche ein Lebensinteresse hat, im Grunde genommen an jeder Schule, erst recht aber an der christlichen! Und dieses Lebensinte-

Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes für 1926

Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes für 1926 ist soeben erschienen.

Der Inhalt, der sich in seinem Aufbau an die früheren Berichte in Uebereinstimmung mit der übrigen deutschen Gewerbeaufsicht anschließt, beschäftigt sich u. a. im Besonderen mit der Handelsaufsicht, dem Unfallschutz, der Hausarbeit und der Arbeit der erwerbstätigen Frauen in Baden. Außerdem ist jetzt wieder eine eingehende Betriebs-Statistik mitgeteilt, die einen Ueberblick über das badische Wirtschaftsleben gibt. Als Beilage ist eine Abhandlung über die Anlage von Metzgereien beigefügt.

Der Beamtenkörper konnte eine kleine Vermehrung erfahren. Im übrigen kann man aus dem ersten Teil des Berichts deutlich erkennen, daß die Vorkommnisse im sozialen Leben des Volkes naturgemäß das Gewerbeaufsichtsamt in immer stärkerem Maße beschäftigen. Vorherrschend beim Studium der Berichts ist der Gedanke: Baden industrialisiert sich immer mehr! Schon die vor wenigen Monaten erschienene, mehrfach besprochene Arbeit des Landesstatistischen Amtes: „Die Industrie in Baden" machte diese Feststellung notwendig; der Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes für 1926 ist eine Ergänzung hiezu. Uns in die Welt dieser Industrie, in die Welt der Arbeit zu versetzen, die täglichen Vorgänge in Fabriken, Werkstätten, Bauten usw. vor unserem geistigen Auge erstehen zu lassen, das ist die Aufgabe des Berichts des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes.

Wieviel Unternehmungen wurden besichtigt?

Im Jahre 1926 betrug die Gesamtzahl der Besichtungen 10 584, im Jahre vorher 9 437. 8 890 Anlagen wurden einmal, 582 zweimal und 123 mehr als zweimal besucht. In den besichtigten Anlagen waren 214 517 Arbeitnehmer beschäftigt. Unter Aufsicht der Bergbehörde wurden auch 40 Unternehmungen im Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei besichtigt. Die meisten Besichtigungen erfolgten im Nahrungsmittels- und Genußmittelgewerbe, nämlich 2605; folgt das Baugewerbe mit 1628, Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 1308, Herstellung von Eisen-, Stahl-, Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 1308 usw. Außerdem nahm das Gewerbeaufsichtsamt an 509 Besprechungen auf Bezirksämtern, mit Gewerkschaftsvertretern usw., sowie an Stillegungsverhandlungen usw. teil. — Aus den Kreisen der Arbeiterschaft liefen 214 Schriftstücke über Mißstände in gewerblichen Anlagen ein. Von diesen Beschwerden waren 103 völlig, 55 teilweise begründet, 52 nicht begründet.

Badens Wirtschaft und das Reich.

Zum erstenmal wurden Wirtschaftszahlen zusammengestellt, die Aufschluß über die Entwicklung des badischen Wirtschaftslebens geben und die auch einen Vergleich mit der Entwicklung des Reiches ermöglichen. Aus diesen Darstellungen und Tabellen des badischen Gewerbeaufsichtsamtes ergibt sich, daß das wirtschaftliche Schicksal unseres Landes mit dem des Reiches eng verknüpft ist. Die badische Wirtschaft geht mit der des Reiches auf und ab. Ein Absinken Badens unter den Reichsdurchschnitt ist nicht zu beobachten. Das zeigt sich auch an den Zahlen über die Erwerbslosen. Der immerhin noch sehr starke Agrarstaat Baden hatte im Jahre 1925 schon eine auffallend ähnliche Erwerbslosenziffer aufzuweisen, wie das hochindustrielle Berlin. Im Jahre 1926 hatte sich das Verhältnis für Baden etwas gebessert gegenüber Berlin, insofern in Berlin etwa 50, in Baden nur 30 Erwerbslose auf 1000 Bewohner kamen, aber insbesondere Württemberg war mit etwa 18 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner günstiger gestellt. Die Höchstzahl der Arbeitslosen war im Jahre 1926 für Baden im Monat März mit rund 80 000 erreicht. Der Bericht stellt dann noch fest, daß im allgemeinen die ungelernten Arbeiter naturgemäß viel stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, wie die gelernten .In unserer Wirtschaft in Baden, sagt der Bericht außerdem, fehlt uns der Nachbarstaat Frankreich. Es ist auf gute Außenhandelsbeziehungen der größte Wert zu legen.

Die Still-Legungen von Betrieben 1926.

Daran hat das verflossene Jahr besonders gekrankt. Immerhin ist beachtenswert, was der Bericht hierzu sagt: „Die völligen oder teilweisen Betriebsstillegungen haben gegenüber dem Jahre 1925 erheblich zugenommen. Die starke Zunahme ist daraus erkennbar, daß im Vorjahre im ganzen zwar 356 Anzeigen erfolgten, im Jahre 1926 aber 344 Stillegungen oder Betriebseinschränkungen stattfanden. Die Zahl von 344 ist nur dadurch etwas gemildert, daß die Anzahl der Stillegungen nach den ersten drei Monaten des Jahres ganz bedeutend nachgelassen hat. Sie betrug im Januar, Februar und März 203, also weit über die Hälfte derer des ganzen Jahres und ging im April rasch herunter, um sich bis zum Ende des Jahres nicht mehr zu erheben.

Es kamen

in ganz Baden 24 396 Arbeitnehmer zur Entlassung.

Von denen, welche stillgelegt oder eingeschränkt hatten, sollen 31 den Betrieb wieder voll aufgenommen haben. Gänzliche Betriebsstillegung erfolgten im Landeskommissariat Karlsruhe 58, das sind 16,85 Proz. aller Stillegungen, im Landeskommissariate im Durchschnitt 9,3 Proz. Konstanz 11 = 3,2 Proz., das wären für die drei Landeskommissariate im Durchschnitt 9, 3 Proz. Vom Landeskommissariat Mannheim kennen wir die entsprechende Zahl nicht. Und die Ursachen dieser Stillegungen? Das Gewerbeaufsichtsamt sagt hierzu: „Die Verhandlungen ergaben, daß vor allem Absatzmangel, demnächst auch Geldmangel, die Gründe für die meisten Stillegungen waren. Wir mußten uns bei der Behandlung der Stillegungsanträge darauf beschränken, die Härte der Entlassung für die Arbeiter etwas zu mildern. Wir bemühten uns, eine Weiterebeschäftigung auch über die Sperrfrist hinaus noch einige Zeitlang zu erreichen und etwaige Entlassungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Ferner gelang es fast stets, von den Unternehmern das Versprechen der Wiedereinstellung unter Anerkennung der wohlerworbenen tariflichen Rechte zu erhalten."

Soldaten und Wölfe

Roman von Heinz Steguweit.

16)

XVI.

Dimitri lag mitten unter seinen Gefährten und stellte sich schlafend. Sein Herz pochte am Gaumen. Er horchte und war heiß. Gleich mußte der verwegene Plan gelingen. Die Nacht half ihm, und der letzte seiner Gefährten hub ein rostiges Schnarchen an. Die finstere Scheune roch nach faulendem Stroh, zuweilen pfiffen Ratten aus dem feuchten Heu. Da kroch Dimitri von der Tenne, vermied jedes Knicken eines Halms, jedes Knacken eines Reisigs. Er sammelte die Gewehre seiner eigenen Bande ein. Zunächst zehn. Die warf er in die Luke des Schloßkellers. Dann immer mehr, bis er alle Feuerwaffen hatte. Angstschweiß kochte aus seiner Stirn. Jetzt noch die letzten Handgranaten, die letzten Kisten voll Pulver und Patronen. Auch die Säbel und Messer wollte er noch, aber der Morgen graute bald, und einige räkelten sich schon gähnend hoch. Dimitri blieb listig. Er stopfte sich eine Pfeife und tat, als prüfe er das Wetter. Die Erwachten aber tasteten im Dunkel nach ihren Waffen. Der eine stieß den andern an, der andre rief dem einen zu, endlich war die ganze Sippe auf den Beinen und fluchte. Dimitri schlich flüsternd zu ihnen:

„Brüder, schweigt, ich habe meine und eure Waffen ins Haus getragen, morgen oder später kriechen wir als Lämmer hinein und wollen drinnen zu Wölfen werden." —

Das leuchtete den Tagedieben ein; sie grinsten über die stumpfen Giebel ihrer Fratzen und priesen ihren klugen Gouverneur. Dimitri versprach ihnen weiter:

„Wir lassen uns die Früchte in den Mund fallen, wartet und drescht, mahlt das Korn, damit wir Brot haben, denn ich kann euch verkünden: Dies alles wird unser, wie es das heilige Gesetz versprach!" —

Und die kichernden Horcher knufften sich in die Rippen, leckten die lüsternen Blutzungen über die Mäuler und begannen für ihren Fraß zu sorgen, denn keiner wollte hungrig die Ernte von Milzyk schneiden.

Daß sie sich mit Geduld füttern ließen, war ein Wunder, Dimitri aber sah sich jetzt dreifach vor, denn er hatte die Gierigen verraten.

Als der Mittag kam, ging er wieder hinein in das Haus und rief Fedor, da er mit Anja Petrijy sprechen wollte. Fedor kam nicht. Das Schloß war kalt und stumm wie ein Beinhaus. Dimitri lief die Treppe hinauf:

„Fedor!" —

Stille. —

Spöttisch stotterte das hohle Echo des Gewölbes die Stimme des Rufers nach. Der Gouverneur öffnete alle Kammern und Säle. Ueberall Leere und Schweigen. Er stürmte keuchend auf den Söller, dann hinab in die Halle.

„Fedor!" —

Die Stille blieb. Er setzte sich ratlos auf eine Treppenstufe und begann sich zu fürchten.

Anja Petrijy kniete indes am Altar der Kapelle, um vor den flammenden Kerzen Ruhe zu finden. Sie bereitete sich auf die Dinge des Ungewissen vor. Da sie den Namen ihres Dieners vergeblich rufen hörte, da keine Antwort von dem Treuen kam, der nie in seinem Leben gezögert hatte, wenn man ihn rief, wurde sie von Sorge erfüllt. Sie verließ die kleine Kirche, die letzte Zuflucht dieser Tage, und ging ins Vestibül. Dimitri sprang wie ein Ehrfürchtiger auf von der Treppe, kroch wie ein geprügelter Rüde vor die Sohlen der Herrin und sprach:

„Anja Petrijy, Dimitri ist wieder Euer Knecht geworden; er hat seine Brüder entwaffnet, hat das heilige Gesetz verachtet, wie es Nikolajew, der Herr, verachtet hat. Die Wehrlosen sollen hingezaudert werden, denn der Gewinn der Zeit ist ja so teuer geworden; darum fliehe, Anja Petrijy, fliehe mit Dimitri, dem Knecht, der Euch liebt!" —

Anja sah ihn nicht an, und dennoch wußte sie: Dieser große Sünder dachte nach über den Sinn der neuen Zeit und sah sich jetzt selbst in der Schlinge, die er geknotet hatte. So weise waren die andern nicht. Sie warteten auf ihren Raub, auf den Sold ihrer Niedrigkeit. Was kümmerte die der Sinn alles Tuns? Sie waren zu träge zum Suchen, zum Finden, zum Bauen. Aber Dimitri blieb für Anja der Mörder seines Herrn, darum fand sie kein Erbarmen.

„Ich verachte dich, Dimitri!" —

„Das trage ich nicht, Herrin!" —

Und Anja Petrijy rief selbst nach Fedor.

Die Antwort blieb aus.

Da wußte die Herrin, daß ein Unglück geschehen war. Nun stand sie gänzlich allein im Irrgang der Stunden. Sie sah durch das Fenster hinaus in die Weite des geliebten Landes: überall rauchten die Gehöfte, überall wuchsen die Garben des Feuers in den Himmel. Nur Milzyk lebte noch. Diese Heimat war aber keine Heimat mehr. Dimitri stand neben ihr, steckte den Finger aus nach dem Untergang:

„Sieh, Herrin, wie die neue Zeit nur Vernichtung ist; Gesetze aber müssen bauen, darum habe ich mich heimgefunden, um die Sühne zu finden. Ich habe Nikolajew Petrijy getötet, ich rufe ihn nicht wieder; aber Anja Petrijy soll leben, darum bin ich eben in die Knie gegangen. Im Garten harren jetzt meine eigenen Henker, die auch die Eurigen sind; wie lange kann ich sie noch täuschen? Irgendeine Tat muß mich erlösen, denn Nikolajew Petrijy hat mir nicht verziehen. Ich muß einen Segen verdienen, der mich begnadigt und sagt: Dimitri, du kannst dir selber vergeben, du hast geirrt, aber nicht gemordet!"

Anja hörte nicht auf den Narren. Sie glaubte ihm nicht, denn die Zeit der Wunder waren gewesen. Sie ging jetzt hin, den Diener zu suchen. Dimitri half ihr, obwohl seine Dienste verachtet waren. Sie fanden Fedor nicht. In seiner Schlafstube waren nur die Schrankfächer wie von einem Flüchtenden durchwühlt. Was der Alte an kleinen Reichtümern und Ersparnissen hatte, das fehlte.

„Er ist geflohen," knirschte Dimitri.

„Wieder ein Mörder mehr!" schrie Anja entsetzt und vermochte es nicht zu glauben und zu fassen; dann schwanden ihr die Sinne. So viel kann ja ein Weib nicht tragen. Dimitri küßte den Saum ihrer Schleppe und greinte:

„Wie sind wir alle ehrlos geworden, nur Anja Petrijy ist rein; ich liebe Euch, wie ein Knecht seine Herrin lieben darf." —

Anja schlief in der Ferne einer neuen Ohnmacht; sie spürte nicht, wie der Sünder sie auf die Arme hob, ihren adeligen Leib hinabzutragen in das Gemach, wo schon einmal ein Feind sie bewacht hatte.

Draußen murrten die Menschen, die Wölfe waren. Ihr Führer blieb zu lange, das gab ihnen Verdacht. Dimitri ging zu ihnen, beredete sie; das war eine Arbeit auf Tod und Leben, denn aus der leer geplünderten Umgegend kam ein Zuzug von vielen neuen Verirrten, die das Paradies mit Raub verdienen wollten.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

resse und Lebensrecht an der Schule muß nicht nur im kommenden Reichsschulgesetz festgehalten und behauptet werden, sondern auch in den kommenden Verträgen der Vereinbarungen, die zwischen den Kirchen und dem Staate, auch zwischen der evangelischen Kirche und dem Staate, abgeschlossen und getroffen werden müssen. Oder weiß man wirklich immer noch nicht, daß wir keine Staatskirche mehr sind und daß die Kirche, ohne die selbst ein Revolutionsstaat nicht leben kann, Recht und Mittel hat, ihre kirchlichen und christlichen Belange auch auf sittlichem wie dem Erziehungsgebiete — und sollte das denn gar nichts mit der Schule zu tun haben — zu vertreten und sicherzustellen?"

Wir vermuten, daß sich Pastor Hof recht ernst mit der Frage befaßt hat, bevor er sich so äußerte. Und der Präsident der evangelischen Kirche in Bayern, Dr. Veit, hat in der „Neuen Kirchl. Zeitschrift" einen Neujahrsartikel veröffentlicht, in dem er die bayerischen Verhältnisse mit Rücksicht auf das dort abgeschlossene und bestehende Konkordat verteidigte und rechtfertigte. Die Stellungnahme der evangel. Schulsynode von Oberheidelberg kann also nicht überzeugend wirken.

Unsere kommunalpolitische Arbeit

Unter dieser Ueberschrift schreibt Herr Parteisekretär W. Baur in den kommunalpolitischen Blättern der badischen Zentrumspartei „Die badische Gemeinde" (Nr. 7) folgendes:

Wenn man unter Mühen und Anstrengungen eine Strecke Wegs gewandert, dann darf man ein wenig pausieren und auf den Weg zurückschauen. Und die politische Arbeit der Gegenwart verlangt besonders ab und zu besinnliche Rückschau — wenn dabei noch eine kleine Gewissenserforschung herausspringt, umso besser für sämtliche Beteiligten. Wenn es auch manche nicht wahr haben wollen, daß kommunalpolitische Organisationsarbeit politische Arbeit im besten Sinne des Wortes — zeitgemäß von der Gegenwart kategorisch gefordert — ist, so ist es doch wahr. Wer es aber gar nicht glauben will, darf sich nur die Situation der Partei bei einer Landtagswahl einige Monate nach den letzten Gemeindewahlen im Geiste ausmalen; das ermittelte Bild von der beinahe mit Händen zu greifenden Bedeutung und Wichtigkeit kommunalpolitischer Organisationen und Fühlungnahme, von der Notwendigkeit der Weckung unserer Freunde zur Wachsamkeit. Wenn dem Zentrum Gefahren ernstlicher Art drohen, kommen sie nur aus der Gemeinde selbst: Bürgerpartei, Wirtschaftspartei, Mittelstandspartei sind Anfänge des Abfalls von der Politik aus dem Glauben. Zunächst im Kleinen nur gewiß; aber meist wird der Anfang der Dinge klein und unbedeutend sein. Die Kunst ist, die Gefahr im kleinen zu erkennen und zu bekämpfen; wenn sie riesengroß vor uns steht, kann sie auch ein Blinder sehen.

Neben der Liebe zur Partei steht unsere Sorge um die staatsrechtliche Stellung der Gemeinden. Hier ist nicht alles, wie es sein soll. Die frühere Selbstverwaltung der Gemeinden ist, vielfach ungewollt und nicht klar erkannt, in einen Zustand der Zwangsbewirtschaftung hineingetorkelt; parlamentarische Bürokraten — es gibt auch solche — wollen jetzt die Zwangsjacke noch enger knüpfen. Zwangswirtschaft ist immer vom Uebel, sie soll nie länger dauern als nötig; auf gemeindepolitischem Gebiet erst recht nicht. Man frage die Führer des Volkes in den Gemeinden: die Bürgermeister, die Gemeinderäte, die Bürgerausschußmitglieder und man wird nur eine Stimme hören und das abgegriffene Wort von der Wahlflauheit wird in neuer Beleuchtung erstrahlen.

In großen Vertreterversammlungen — an die 20 an der Zahl — vom Taubergrund bis an den See wurden die Ziele unserer Bewegung klargelegt, wurden die Fragen der Gemeinde — oft Herzensfragen unserer Freunde — diskutiert und was das wichtigste daran war, die Vereinigung wurde freudig begrüßt. Kein Gegner ringsum, nur Freunde trotz der selbstverständlichen Unvollkommenheit unseres so jungen Werkes, allüberall warme, innere Anteilnahme und ein ganz ausgeprägtes Verständnis. Da war kein unter dem Sauerstoffapparat autoritären Drucks zu künstlichem Leben gezwungenes Gebilde; vorhandenes Bedürfnis verlangte einfach nach Form und Gestaltung.

Dann unser Organ — das monatliche Bindeglied zu unseren vielen Hunderten von Freunden im Lande. Es hat in der kurzen Zeit von knapp einem halben Jahr eine ungeahnte Verbreitung erlangt, ein Zeichen, daß Aufbau, Inhalt und Geist durchaus dem praktischen Bedürfnis der Gegenwart entspricht. Bedeutende Führer großer badischer Kommunen haben sich anerkennend geäußert. Dank ist uns geworden aus den kleinsten ländlichen Verhältnissen. Es sei mir gestattet, als Einzelbeweis nur den schlichten Brief eines tüchtigen Landbürgermeisters im Wortlaut hier anzuführen:

„Sämtliche Artikel sind sehr lehrreich und ist deshalb allen, besonders den Landgemeinden, diese Zeitung sehr zu empfehlen. Es wäre nur wünschenswert, daß dieselbe monatlich zweimal erscheinen würde."

Dutzende und Aberdutzende Anfragen aller Art wurden in der kurzen Zeit von der Geschäftsstelle schriftlich oder mündlich beantwortet oder bearbeitet. Man sieht, das Vertrauen im Lande wächst. Das mit nichts anderem als der moralischen Unterstützung der Parteileitung begonnene Werk, bei dessen Gründung vor allem Idealismus und Optimismus Taufpate standen und es auch weiter begleiten, schreitet dank der selbstlosen schriftstellerischen Mitarbeit führender Kommunalpolitiker und Parlamentarier vorwärts.

Die Arbeit der Führung — des hochverdienten Karlsruher Stadtrates Abg. Kühn, der seine reiche kommunalpolitische Erfahrung agitatorisch und insbesondere schriftstellerisch in den Dienst der Sache gestellt — und des Leiters der Geschäftsstelle — wo gäbe es ein Vorwärtsschreiten heutzutage ohne Geschäftsstelle mit Telefon, schönem Kopfbogen und besonders Postscheckkummer — wird dem dauernden Ausbau des Blattes, der Ausführung der Anregungen unserer Freunde, der Gewinnung neuer Mitarbeiter besonders gewidmet sein. In einigen Jahren wird auch der Skeptiker erkennen, daß damit nicht nur dem Gemeindeleben und den Kommunalpolitikern, sondern vor allem der Partei gedient wird.

Badischer Landtag

Sitzung des Haushaltsausschusses

Vierte Aenderung des Gebäudesondersteuergesetzes

Karlsruhe, 27. Juni 1927.

Die durch das Reich bestimmte Mieterhöhung um 10 Prozent gab der Regierung Anlaß, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, in dem Sinne, daß 4 Prozent zur Benutzung für den Wohnungsbau weggesteuert werden sollen und zwar lediglich von den Miethäusern. Das Aufkommen dieser neuen Steuer beträgt rund 3,2 Millionen, wovon den Gemeinden 1,7 Millionen und dem Land 1,5 Millionen zugewiesen werden sollen. Die Steuer soll erhoben werden ab 1. Mai, sodaß die Miete für den April voll dem Hausbesitz verbleibt.

Berichterstatter ist der Abg. Rückert (Soz.). Er gibt eine Zusammenstellung der Regierung bekannt, wonach zu ersehen ist, wie hoch die Betriebskosten in den einzelnen Städten sind. Das Gesetz nimmt an, daß sie 27,5 Prozent der Miete beträgt. Die Zusammenstellung zeigt, daß in manchen Städten, wie beispielsweise Konstanz, Rastatt infolge der höheren Umlage die Betriebskosten bis 30,77 Prozent betragen. In anderen Städten sind die Betriebskosten bedeutend niederer, in Emmendingen beispielsweise nur 20,44 Prozent. Die Bürgerliche Vereinigung bringt Anträge ein, wie sie schon früher bei der Neufassung des Gesetzes behandelt worden sind.

Ein sozialdemokratischer Vertreter bedauert, daß nicht mehr weggesteuert wird und spricht die Hoffnung aus, daß der Hausbesitz seine Anteile für die Reparaturen der Häuser verwenden werde.

Der Zentrumsredner nimmt Bezug auf die frühere Stellungnahme der Partei. Wenn die Möglichkeit bestünde, das Gesetz als Entschuldungssteuer in seiner jetzigen Fassung zu korrigieren, so würde er der jetzigen Erhöhung nicht zustimmen. Es gehe das aber nicht, weil das Reichsrahmengesetz in Aussicht stehe; hoffentlich würden dabei die Gedanken der reinen Entschuldungssteuer weiter herausgearbeitet. Mit der Belassung der 6 Prozent an den Hausbesitz werde man einem Vorschlag gerecht, den der Karlsruher Hausbesitzerverein selbst gestellt habe. Württemberg und Baden hätten von allen deutschen Ländern das meiste Verständnis für den Hausbesitz gezeigt. Weil Gesuche um Ermäßigung der Steuer, besonders wenn sie gestellt waren, aus dem Grunde zu geringer Mietseinnahmen und zugleich wegen einer Verschuldung und 50 Prozent in Fällen die er kenne, nicht berücksichtigt worden seien, in der Annahme, daß beide Gründe zur Ermäßigung nicht angeführt werden könnten, stellt das Zentrum den Antrag, daß wenn Gesuche auch vor dieser Neufassung des Gesetzes gestellt worden sind, die Ermäßigung der Steuer rückwirkend auf 1. Mai 1926 ausgesprochen werden müsse. Dem Antrage der Bürgerlichen Vereinigung, daß Eigenwohnungen geschont werden sollten, habe man durch den geringen Prozentsatz der Wegsteuerung Rechnung getragen, weil ein anderer Weg technisch nicht durchführbar sei. Auf Anfrage gibt der Herr Minister bekannt, daß der Stichtag für die Verschuldung vom 31. Dezember 1928 vom Reich bestimmt sei und daß eine Aussicht auf Zurückverlegung des Stichtages kaum bestehe. Das Staatsministerium habe die Frage, ob von der Mietserhöhung um 10 Prozent ab 1. Oktober dieses Jahres etwas weggesteuert werden solle, offen gelassen. Er habe aber die Auffassung, daß wohl keine Absicht bestehe, die 10 Prozent dem Hausbesitz nicht voll zu lassen.

Ein Redner der Deutschen Volkspartei vermischt die Sondersteuer mit Aufwertungsfragen und spricht sich gegen die Erhöhung der Steuer aus, weil das Reich eine Herabsetzung der Realsteuern für notwendig halte. Er vergißt aber dabei, daß das Reich die Sondersteuer als Realsteuer überhaupt nicht ansieht und um Gegenteil soweit bis jetzt ersichtlich, höhere Steuersätze vorsieht, als wir sie im Lande Baden haben.

Ein demokratischer Redner erklärt seine Zustimmung zum Entwurf.

Die Abstimmung im Ausschuß wird erst morgen früh erfolgen.

*

Die nächste Vollsitzung des Badischen Landtags

findet am Freitag, den 1. Juli vormittags 9 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen:

Die 2. Lesung des neuen Landtagswahlgesetzes, die Abstimmung über die Anträge betr. Reichsschulgesetz und der Gesetzentwurf über die vierte Aenderung des Gebäudesondersteuergesetzes. Ob weitere Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden, hängt von dem Ergebnis der Ausschußberatungen dieser Woche ab.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Karlsruhe, 27. Juni. Die günstigere Entwicklung der Arbeitsmarktlage hält an. Gegenüber rund 12 Arbeitssuchenden, die am 15. Juni im Durchschnitt auf je eine, bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Landes gemeldet offene Stelle entfielen, belief sich, wie das Landesamt für Arbeitsvermittlung mitteilt, diese Ziffer am 22. Juni nur noch auf rund 10,5. Die Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger-Ziffer sank weiterhin diesmal von 22 124 auf 21 028 und zwar bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Krisenfürsorgeempfänger von 9433 auf 9400.

Aus dem Gerichtssaal

Wegen Beleidigung der Badischen Staatsregierung verurteilt.

Vor dem großen Schöffengericht Stuttgart hatten sich drei Nationalsozialisten und zwar der Gauleiter Robert Wagner von Durlach, der Kaufmann Ludwig Ankenbrand in Karlsruhe und der Redakteur Dr. Josef Geiger in Stuttgart wegen öffentlicher Beleidigung der Mitglieder der Badischen Staatsregierung zu verantworten. In der Nummer 37 des „Südwestdeutschen Beobachters" erschien ein Aufruf, in dem darauf hingewiesen wurde, daß dem nationalsozialistischen Führer Hitler das Sprechen und die Teilnahme an einer Badischen Gauversammlung von der Badischen Staatsregierung verboten worden sei, während „die gleiche Regierung internationale Lumpen und bezahlte Schufte ungehindert arbeiten und in landesverrätischer Weise unsern Feinden Material in die Hände liefern lasse. Dabei müsse alle Achtung vor Gesetz und Recht vor die Hunde gehen."

Wegen dieses Artikels stellten die Mitglieder der Badischen Staatsregierung Strafantrag. Diese Strafanzeige richtete sich zunächst nur gegen den Angeklagten Wagner, der für den badischen Teil der Zeitung verantwortlich zeichnet. Im Verlaufe der Untersuchung ergab sich aber, daß der Angeklagte Ankenbrand den Artikel verfaßt hatte und ebenso wie Dr. Geiger, der Redakteur der Gesamtzeitung, verantwortlich gemacht werden mußte; auch gegen sie wurde Strafantrag gestellt. Der Angeklagte Wagner erklärte, daß er für den fraglichen Artikel nicht verantwortlich sei; diese Verantwortung falle vielmehr dem Angeklagten Geiger zu Last. Für die Richtigkeit ihrer Behauptungen traten die Angeklagten einen Beweis nicht an. Demgemäß beantragte Staatsanwalt Dr. Autenrieth gegen den Angeklagen Wagner eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und bat diese in eine Zusatzstrafe von 6 Wochen zu der gegen Wagner vom Schwurgericht Stuttgart ausgesprochenen und noch nicht verbüßten Gefängnisstrafe von 3 Monaten, die dieser wegen eines Vergehens gegen das Republikschutzgesetz erhalten hatte, umzuwandeln. Gegen den Angeklagten Ankenbrand beantragte er eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen, da Ankenbrand den Artikel verfaßt hatte; eine Verantwortung von Geiger komme nicht in Frage.

Unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wolff wurde der Angeklagte Wagner zu der Zusatzstrafe von einem Monat Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt; außerdem wurde die Unbrauchbarmachung und Einziehung der noch vorhandenen Exemplare der betreffenden Nummer ausgesprochen. Darüber hinaus wurde den Mitgliedern der Badischen Staatsregierung und zwar den Ministern Dr. Köhler, Remmele, Trunk und Leers und den beiden Staatsräten Dr. Marum und Weißhaupt die Befugnis erteilt, binnen vier Wochen nach eingetretener Rechtskraft die Veröffentlichung des erkennenden Teils des Urteils auf Kosten der Angeklagten in dem „Südwestdeutschen Beobachter: und in der „Karlsruher Zeitung" vorzunehmen zu lassen. Aus Gründen der Verjährung wurde das Verfahren gegen die beiden anderen Angeklagten eingestellt und die dadurch erwachsenen Kosten der Staatskasse auferlegt.

Übler Mundgeruch

wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste **Chlorodont** beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube zu 60 Pf. **Chlorodont-Zahnbürste** für Kinder 70 Pf., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift **Chlorodont**. Ueberall zu haben.

Badisches Landestheater

Abschiedabend Herma Clement.

Ueber den objektiven Wahrheits- bezw. literarischen Ewigkeitswert der beiden Stücke, die sich Herma Clement zu ihrem Abschiedsabend auswählte, braucht man keine Worte zu verlieren. Strindbergs „Fräulein Julie", die man vor zwei Jahren bereits als Kammerspiel gegeben hatte, ist derart auf die Spitze eines fanatischen Frauenhasses getrieben, daß man die Aussprüche Juliens, d. h. Strindbergs nur unter der Voraussetzung pathologischer Krankhaftigkeit verstehen kann. In dem weiten Raum des Landestheaters nahmen die peinlichen Exzesse von Hysterie einerseits und Brutalität andererseits geradezu überlebensgroße Dimensionen an, wobei die endlosen Beschuldigungen und Selbstanklagen ebenso ermüdend wie abstoßend wirkten. Frl. Clement konnte indessen eine ihrer Glanzrollen, repräsentativ nach Umfang und Intensität, spielen, wie wir schon bei der seinerzeitigen Erstaufführung hier feststellten. Abweichend von ihrem sonstigen Fachgebiet, dem der „Salondame", durfte die Künstlerin hier in die wirklich unergründlichen Tiefen eines „Naturweibchens" hinuntersteigen und die glühende Lava ihres Männerhasses mit eruptiver Sexus-Gewalt hervorstoßen. Das war allerdings eine Leistung, die über einen großen Fundus tiefschürfender Seelenanalyse und unmittelbaren Wirkungsmöglichkeiten Zeugnis ablegte — wozu der scheidenden Künstlerin nur selten Gelegenheit gegeben war. Stefan Dahlen behauptete sich als ihr Gegenspieler Jean wieder mit der ganzen Kraft seiner ungebrochenen schauspielerischen Vitalität und Elfriede Albrecht gab ihrer Christel einprägsame Konturen.

In „Anatols Hochzeitsmorgen", den man hierauf als abendfüllende Ergänzung gab, hat Arthur Schnitzler eine seiner liebenswürdigen Plaudereien rund um den weichlichen Genußling Anatol in Szene gesetzt, gerade hinreichend, um ein gelangweiltes Publikum von aesthetischen Müßiggängern für ein halbes Stündchen in sanfte Aufregung zu bringen. Hier brauchte Frl. Clement als Ilona — sie ist die menschliche Hälfte der weiblichen Sphinx und das Gegenstück zu Strindbergs Julie — nur ihrem natürlichen Charm freien Lauf lassen, und das liebegirrende, von seelischen Hemmungen unbeschwerte Weibchen zeigte sich in seinem ganzen, wahren Wesen. Das war die Künstlerin, wie sie uns beherrschend in der Erinnerung ist, die Darstellerin des Ewigweiblichen in Trotz und Hingabe, im spielerischen Glanz einer verhätschelten Gesellschaftspuppe, mit dem verführerischen Lächeln auf den schön geschminkten Lippen. Daß sie auch anders konnte, zeigt ihre Julie, zeigt vor allem die ernstere Note, die sie im letzten Jahre ihres hiesigen Wirkens einigen wertvollen Frauencharakteren gab. Mit ihren größeren Aufgaben wuchs auch die geistige Vertiefung, Hand in Hand mit dem heranreifenden deklamatorischen Können, woran wir früher keine ganz ungetrübte Freude haben konnten. Daß Frl. Clement heute durch Fleiß und ernstes Streben einen gewissen Höhepunkt erreicht hat, berechtigt zu der Hoffnung, daß sie in Weimar, wohin sie nunmehr geht, leichtes Spiel mit der Durchsetzung ihrer künstlerischen Persönlichkeit haben wird, als es in den langen Jahren ihres langsamen, aber stetigen Anstiegs in Karlsruhe der Fall war.

Sehr wienerisch und sehr charmant spielte Alfons Kloeble den ihm auf den Leib geschriebenen Anatol, während Ulrich v. d. Trenck den besorgten Freund Max mit pointierter Aengstlichkeit gab Herr Trenck hatte die beiden Sächelchen flott und frisch inszeniert und für das letztere manchen guten Einfall verwirklicht. Um Frl. Clement entbrannte zuletzt eine wahre Blumenschlacht, und nachdem der Gabentempel hinter dem Vorhang aufgebaut war, fand man, daß sich die Abschied winkende Künstlerin inmitten des Blumenhains für ihre Person und ihre Kunst sehr symbolisch ausnahm. Möge es stets so bleiben! Dr. H. A. B.

*

Badisches Landestheater. Heute Dienstag, den 28. Juni findet unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knöll und unter der Regie von Helmut Grohe eine Neueinstudierung von Puccinis Musikdrama „Toska" statt. Die Titelpartie singt Moje Forbach vom Landestheater Stuttgart. In den übrigen Partien sind beschäftigt: Elisabeth Wanka und die Herren Karlheinz Löser, Wilhelm Nentwig, Hans Siegfried, Adolf Vogel und Rudolf Wehrauch.

Auch eine Kettelererinnerung

Es war vor etwa 60 Jahren. Bischof Ketteler kam öfters in unsere Diözese, um für den alten Erzbischof Hermann von Vikari die hl. Firmung zu spenden.

So geschah es auch in unserem Falle; es handelt sich um die Firmung im Landkapitel Offenburg. Firmstation war u. a. auch der große Ort Urloffen. Pfarrer war der bekannte Bruder des Grazer Historikers und Onkel des jetzigen Domkapitulars Weiß, ein schlichter, einfacher Priester von großem Wissen und ebenso großer Herzensgüte; in seinem Pfarrhause verbrachte Ketteler die Nacht im zweiten Stock des Pfarrhauses.

Am anderen Morgen in aller Frühe war er schon munter; er kam die Stiege herunter und rief mit seiner mächtigen Stentorstimme: „Herr Pfarrer! Ich muß einen größeren Spiegel haben; ich will mich rasieren!" — Pfarrer Weiß gab bescheiden zurück: „Bischöfliche Gnaden! Es tut mir leid; aber ich habe sonst keinen im Hause." Worauf Ketteler: „So! Dann ist's etwas anderes!" Schließlich hat er sich auch mit dem kleinen Spiegel selbst rasiert.

Es lebte damals noch die Mutter des Pfarrers Weiß bei ihrem Sohn im Pfarrhaus; sie war gerade ernstlich krank. Ketteler suchte sie auf und verbrachte eine volle halbe Stunde am Krankenbette, munterte die Kranke auf und betete andächtig mit ihr.

So war Ketteler: kindlich fromm; aber er konnte sich auch in die armen Verhältnisse unserer badischen Pfarrer gut bescheiden. — So war auch Pfarrer Weiß. Als 1859 Napoleon die österreichischen Kriegsgefangenen durch Kehl, wo Weiß damals war, führen ließ, gab Weiß das letzte Hemd für die Oesterreicher. Aber in seinem Hause hatte er nicht einmal einen anständigen Spiegel. Es hat über 40 Jahre gedauert, bis der Kaiser von Oesterreich etwas von der Kriegsgefangenenfürsorge des Urloffener Pfarrers erfuhr und ihm dann eine goldene Dose als Andenken verehrte. A. K.

10 000 Dollar-Preisausschreiben für Kammermusik. Die Musical Fund Society erläßt ein Preisausschreiben für Kammermusikwerke, die drei bis sechs Instrumente (einschließlich Klavier) umfassen dürfen. Es sind drei Preise von 5000, 3000 und 2000 Dollar ausgesetzt, um die sich jeder Einsender aller Nationalitäten mit einem oder mehreren Werken beteiligen darf. Als Endtermin für Annahme der Manuskripte ist der 31. Dezember 1927 angesetzt; es müssen sowohl Partituren wie ausgeschriebene Stimmen eingereicht werden, und zwar mit einem Kennwort auf dem Titelblatt der Partitur.

Pirandello ist mit seiner Truppe in Buenos-Aires eingetroffen; er beabsichtigt, dort und anschließend in mehreren anderen südamerikanischen Städten eine Reihe von Gastspielen zu geben.

Chronik

Aus dem Murgtal, 27. Juni. (Kirschen- und Erdbeerernte.) Die Kirschenernte hat ihren Höhenpunkt erreicht. Die jetzt aus den Kirschenorten in den Handel kommenden Früchte sind Qualitätsware. Mit dem Ertrag ist man recht zufrieden. Es werden z. Zt. pro Pfund 20—35 Pfennig Erzeugerpreis bezahlt. — Die Erdbeerernte hat den Höhepunkt bereits überschritten. Nachdem bis vor kurzem 40—50 Pfennig für das Pfund erzielt wurden, hat der Preis wieder angezogen und die Höhe von 50—65 Pfennig erreicht. Auch hier kann die Ernte als gut bezeichnet werden.

Oppenau, 27. Juni. (Kameradschaftstag.) Hier findet am Sonntag, de 3. Juli eine kameradschaftliche Zusammenkunft der Angehörigen des Landsturm-Bataillons Offenburg XIV. 6 und des Bahnschutzkommandos statt.

Offenburg, 27. Juni. (Werbewoche). Die vom Stadtausschuß für Leibesübungen veranstaltete Werbewoche für Leibesübungen nahm am Samstag abend mit einem Fußballwettspiel ihren Anfang. Es spielten Freiburger Fußballklub I und Offenburger Fußballverein. Das Resultat war 2:2. Am Abend war in der Stadthalle Eröffnungs- und Begrüßungsbankett. Der Vorsitzende des Stadtausschusses, Prof. Hafner, begrüßte die Erschienenen. Für die Stadtgemeinde sprach Oberbürgermeister Holler. Der Abend war ausgefüllt mit Freiübungen.

Freiburg, 27. Juni. (Regen und Kälte im Schwarzwald.) Im Verfolg der kühlen Witterung und der leichten Niederschläge der letzten Tage kam es gestern abend im südlichen Schwarzwald zu starken Regenfällen bei erheblichem Temperaturrückgang. Auf dem Feldberg stand das Thermometer auf minus 0,4 Grad, heute morgen gegen 8 Uhr zeigte das Thermometer minus 0,1 Grad an. In den Nachtstunden ist auf dem Feldberg Schnee gefallen. Die Schneehöhe beträgt zwei Zentimeter. —(Um den Umbau des Freiburger Hauptbahnhofs.) Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner heutigen Sitzung den Kostenbeitrag der Stadt Freiburg am Umbau des Hauptbahnhofes in Höhe von 650 000 Mark. Dabei wurde Klage geführt über das mangelhafte Entgegenkommen der Reichsbahnverwaltung. Auch das badische Ministerium habe in der Unterstützung der Freiburger Ansprüche manche Wünsche offen gelassen. — Kundgebung gegen die französischen Kanalisierungspläne am Oberrhein.) Der Bürgerausschuß ersuchte in seiner heutigen Sitzung die Stadtverwaltung, zusammen mit allen Behörden und Gemeinden von Kehl bis Lörrach einen gemeinsamen Protest bei der Landes- und Reichsregierung zu erheben gegen das Vorhaben Frankreichs, den Oberrhein auf französisches Gebiet zu verlegen. Oberbaden würde statt am Ufer eines Stromes in einem Jahrzehnt an einem stillen Altwasser liegen, wenn Frankreich seine Pläne durchführe.

St. Georgen bei Freiburg. Br., 27. Juni. (Vom Zug überfahren). Zwei mit Gleisarbeiten zwischen St. Georgen und Leuterberg beschäftigte Arbeiter wurden lt. Freiburger Zeitung von einem aus Basel kommenden Personenzug überfahren. Der eine der beiden Arbeiter wurde dabei getötet, während der andere schwere Verletzungen erlitt.

Lörrach, 27. Juni. (Schweres Autounglück bei Dornach). Ein mit 18 Arbeitern besetzter Kraftwagen des Metallwerkes Dornach (Schweiz) ist am Samstag in den Basler Weiher bei Seewen gefahren. Wohl infolge Versagens der Bremse kam das Auto in zu schneller Fahrt, riß das eiserne Geländer am Ufer des Weihers hinweg und lief in den Weiher hinein, bis es im Schlamm stecken blieb. 16 Mann erlitten Bein-, Arm- und Rippenbrüche und teilweise schwere Kopfverletzungen. Mit Stangen und Latten mußten die Leute aus dem Wasser herausgeholt werden.

Lindau, 27 Juni. (Lindau beschwert sich.) Der Stadtrat führte Beschwerde dagegen, daß nur zwei Feriensonderzüge aus dem Norden nach Lindau geführt werden, während nach Friedrichshafen 15 solche Züge verkehren. Lindau beruft sich darauf, daß es den größten Fremdenverkehr am Bodensee hat und mit der Fremdenziffer in ganz Bayern an dritter Stelle steht.

Saarbrücken, 27. Juni. (Explosion in einem Lager von Feuerwerkskörpern.) Am Sonntag nachmittag explodierte aus bisher unaufgeklärter Weise im Feuerwerkslager einer Kostümverleihanstalt ein Feuerwerkskörper. Das ganze feuergefährliche Lager stand im Augenblick im Brand. Ein Mädchen konnte nur noch als verkohlte Leiche geborgen werden. Das Feuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff, wurde schließlich von der Feuerwehr gelöscht.

Köln, 27. Juni. (Zwei Stahlhelmleute tödlich verunglückt.) Hier glitt ein Lastauto, das mit Stahlhelmleuten besetzt war, die nach dem Flugplatz Merheim fahren wollten, von den Straßenbahnschienen ab, kam ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Zwei Stahlhelmleute wurden getötet, mehrere andere verletzt. Zwei der Verletzten mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Otterberg, 27. Juni. (Den Fuß abgemäht.) Ein hiesiger Landwirt hatte sein Kind mit ins Feld genommen. Während der Landmann mit der Mähmaschine Klee mähte, verweilte das Kind mit Spielen im Klee. Dabei mähte der Bauer seinem Kinde den Fuß ab.

Kirchliche Nachrichten

Beerdigung von H. H. Pfarrer Artur Riedle in Untermettingen.

Mainwangen, Amt Stockach, 25. Juni. Große Trauer brachte die Kunde von dem am 21. Juni erfolgten Ableben des Herrn Pfarrers Artur Riedle in seine erst Ende November vorigen Jahres verlassene Pfarrei Schwandorf und ins hiesige Kapitel Stockach. Seine Wertschätzung am früheren Wirkungsort wie in der neuen Pfarrei kam bei der Beerdigung gestern zum Ausdruck. In drei Autos fuhren H. Pfarrer Fuchs, der Bürgermeister, Vertreter des Gemeinde- und Stiftungsrates, der Marianischen Kongregation in Schwandorf sowie andere geistliche und weltliche Freunde des Verewigten nach Untermettingen. Unter Beteiligung der dortigen Vereine und der Pfarrgemeinden wurde der Sarg zum Trauergebet der Priester und zum Seelenopfer in die Kirche getragen. Etwa 40 Mitbrüder aus nah und fern erwiesen ihm die letzten Liebesdienste. Herr Dekan Winterhalder von Weizen schilderte in seiner Trauerpredigt den Lebenslauf des Verewigten: Artur Riedle 1877 in Gundholzen am Bodensee geboren studierte in Sasbach und am Gymnasium in Freiburg, empfing 1903 die hl. Priesterweihe. Gar viele anstrengende Vikarposten hatte er auszufüllen, so in Kenzingen, Mundelfingen, Eßlingen bei Tuttlingen, Kappelrodeck, Durmersheim, Welschingen, Dielheim bei Wiesloch und Schwarzach. 1909 wurde er Pfarrverweser in Oberhomberg, dann Pfarrkurat in Schollach, 1913 Pfarrer in Schwandorf und im Nov. 1926 Pfarrer in Untermetingen. Nur wenige Wochen konnte der Nimmermüde noch pastorieren. Ein tückisches Darmkrebsleiden, dessen Gefährlichkeit die Aerzte ihm leider verheimlichten, legte ihn aufs Kranken- und Totenlager. Versehen mit den heilg. Sterbesakramenten nach vielen Leiden und dem brennenden Verlangen, wieder in der Pastoration arbeiten zu dürfen, brach dann das Herz des Dulders am St. Aloysiustage. Am Grabe legten die Bürgermeister von Unter- und Endermettingen, die Ortsvereine, sowie der Bürgermeister von Schwandorf und die dortige Marian. Jungfrauen-Kongregation, die Lehrerschaft von Mettingen Kränze nieder. Aus den ehrenden Worten des Nachfolgers Pfarrer Fuchs-Schwandorf wie aus allen anderen Ansprachen sprach das tiefe Mitgefühl mit dem Mann der Arbeit, der Leiden und Schmerzen. Einen ergreifenden Nachruf widmete Herr Convikttsdirektor Dr. W. Reinhard von Freiburg seinem verblichenen Freunde, der auch in Untermettingen seine reichen Gaben des Geistes und Herzens, seinen originellen und praktischen Sinn, sein reiches Wissen auch über wirtschaftliche und naturwissenschaftliche Dinge gezeigt hätte, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, länger zu wirken. Kirchenchor und Kinder sangen ihm ins Grab. R. I. P.

Tagungen

Reichstagung der Bankbeamten

Unter sehr zahlreicher Beteiligung wurde in Köln die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Bankbeamten-Vereins abgehalten. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums war Oberlandesgerichtsrat Dr. Siller, für den Bund Deutscher Bodenreformer Dr. Damaschke, und für den Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände dessen Generalsekretär, Reichstagsabgeordneter Lemmer, erschienen. Den Bericht über die verflossene Geschäftsperiode erstattete der Vorsitzende Fürstenberg, der u. a., gestützt auf ein reiches Zahlenmaterial die innere Kraft des Bankgewerbes und seine durchaus günstige Entwicklung in den letzten beiden Jahren schilderte und davon ausgehend die Tätigkeit des D. B. V. in der Tarifbewegung beleuchtete. Trotzdem in der Berichtsperiode ein weiterer Abbau von fast 25000 Angestellten erfolgte, blieb der Verein infolge sehr erheblichen Zuwachses mit rund 82 000 Mitgliedern die weitaus stärkste Arbeitnehmer-Organisation im Bankgewerbe. Der diesmalige Abschluß zeigt einen Ueberschuß von rund 195 000 Reichsmark. Nach einem Vortrag von Dr. Damaschke über das Heimstättenwesen und dessen Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft und nach Erledigung der Regularien wurden verschiedene Entschließungen angenommen. In diesen wurde u. a. eine bessere Ausgestaltung des Reichstarifes in arbeitsrechtlicher und gehaltlicher Beziehung, eine erhöhte Sicherung der älteren Angestellten, die Einbringung des Gesetzes über die Bildung von Heimstädten und ein stärkerer Schutz für Betriebsratsmitglieder gefordert. Gegen jede Lockerung der Mieterschutz-Gesetzgebung wurde lebhaft protestiert. — Die nächste Hauptversammlung wird 1929 in Hamburg stattfinden.

*

Jahrestagung des Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine

Breslau, 28. Juni. In Breslau hat der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine, Sitz Frankfurt a. M., der 60 000 Mitglieder in paritätischer Zusammensetzung umfaßt, in den Tagen vom 18. bis 20. Juni seine diesjährige Hauptversammlung abgehalten. Zugleich tagte der mit ihm verbundene Deutsche Vortragsverband, Sitz Mannheim. An der öffentlichen Tagung nahmen Vertreter des Oberpräsidiums der Provinz Schlesien, des Regierungspräsidiums, der Stadt Breslau, der Industrie- und Handelskammer, der Rektor der Universität, Vertreter des Schlesischen Städtetages und anderer Behörden und Körperschaften teil. Der Vorsitzende des Verbandes, Handelskammer-Syndikus Ehlers-Frankfurt a. M., ging in seiner Eröffnungsrede von einer Betrachtung der Bedeutung des Kaufmannsstandes für die Volks- und Weltwirtschaft aus, indem er hervorhob, daß der Kaufmann, Arbeitgeber sowie Angestellter, in frühen Zeiten berufen war und auch jetzt wieder berufen ist, dem Deutschtum, sowie der deutschen Industrie und dem Handel im Auslande Geltung und Ansehen zu verschaffen.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Der deutsche Verband Kaufmännischer Vereine, Sitz Frankfurt a. M., dessen Vertreter zu einer Kundgebung für den deutschen Osten und zur Sammlung der paritätischen Vereine der Ostmark und Deutsch-Oesterreichs am 18. und 19. Juni 1927 in Breslau zusammengekommen sind, bekennt in der heutigen Tagung aufs neue, daß er daran festhält, seine in Friedenszeiten von dem Reiche, den Ländern und allen Standesgenossen anerkannten Grundsätze zur Förderung der Belange der deutschen Kaufmannsschaft nach wie vor im Rahmen seiner paritätischen Richtlinien zu verwirklichen. Der DVKV. ist als paritätische Organisation die gegebene Vertreterin der Interessen des deutschen Kaufmannsstandes und verlangt demzufolge bei allen zu schaffenden Gesetzen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gehört zu werden.

An die Rede des Verbandsvorsitzenden schloß sich ein Vortrag von Unterstaatssekretär a. D. Bruno von Enderes-Wien (Der Zusammenschluß Deutschlands und Oesterrreichs als nationale und wirtschaftliche Frage). Es wurde u. a. folgende Entschließung angenommen:

„Der Verband ist der Auffassung, daß die heutige Form der Tarifverträge, die die Ursache häufiger Lohnkämpfe sind, einer gesunden Entwicklung unserer Wirtschaft schädlich ist, und beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit Wirtschaftlern der Praxis und der Wissenschaft zu prüfen, in welcher Weise eine Arbeitgeber und Arbeitnehmer befriedigende Lösung dieser wichtigen Frage gefunden werden kann."

*

Achter Badischer Mietertag

Durlach, 26. Juni. Heute tagte hier im Gasthaus „Zum Lamm" der 8. Badische Mietertag, der einen guten Besuch aufwies. Der erste Vorsitzende des Landesverbandes Badischer Mietervereine, F. Klamm, eröffnete die Tagung und begrüßte die Anwesenden. Auf der Tagesordnung standen zwei Referate und zwar „Vom Mietsrecht zum Wohnrecht" und „Wohnungsfürsorge". Als erster Referent ergreift Oberregierungsrat a. D. Krauß-Stuttgart das Wort zu seinem Thema „Vom Mietsrecht zum Wohnrecht". Einleitend weist der Redner auf die Bedeutung der Entscheidung hin, die im Reichstag in den nächsten Tagen fallen soll über die weitere Fortdauer des Mieterschutzes. Von seiten der Mieterschaft müsse verlangt werden, daß jetzt schon die Grundlagen gelegt würden zu einem sozialen Wohnrecht in Deutschland, das an die Stelle der bisherigen Notgesetze treten solle. Der Referent verweist darauf, daß von einer Wiederherstellung des freien Kündigungsrechts keine Rede sein kann.

Nunmehr ergriff Geheimrat Hirn-Stuttgart das Wort und referierte über das Thema „Wohnungsfürsorge". Hirn kommt in sehr eingehenden Ausführungen auf die Entstehung der Mietskasernen zu sprechen und verweist dann auf die Wirkungen des Weltkrieges und die Inflationszeit. Abschließend verlangte der Redner seinerseits Maßnahmen, um das so dringende Wohnungsbauprogramm zu finanzieren. Mittlerweile ist es schon ziemlich spät geworden und auf Antrag verzichtet man auf die Diskussion, gibt aber dem Vertreter des Bundesvorstandes Hermann-Dresden das Wort, um die Stellungnahme des Mieterschutzbundes bei den zu erwartenden Vorgängen im Reichstage und im Reichsrat darzulegen. Alsdann werden zwei Entschließungen angenommen.

Eine der Entschließungen richtet sich gegen die badische Regierung. In derselben heißt es u. a.: Der 8. Badische Mietertag legt entschieden Verwahrung ein gegen die Stellungnahme der badischen Regierung im Reichsrat, wo dieselbe laut Zeitungsnachrichten (gemeint ist die „Neue Bad. Landesztg." Mannheim vom 25. Juni Nr. 315. Die Red.) für den Abbau des Mieterschutzgesetzes gestimmt hat, was umso unverständlicher ist, als gerade im Grenzland Baden die Wohn- und Wirtschaftsnot der minderbemittelten Bevölkerung anhält und jede Lockerung der diese Kreise vor weiterer sozialer Verschlechterung schützenden Gesetzesbestimmungen nicht zu verantworten ist. Der Mietertag verlangt, daß die badische Regierung ihre Haltung in dieser wichtigen Lebensfrage aufgibt und gegen jede weitere Lockerung des Mieterschutzes entschieden Einspruch erhebt.

In der zweiten Willenskundgebung wird u. a. ausgeführt: Die am 26. Juni 1927 in Durlach anläßlich des 8. Badischen Mietertages versammelten Vertreter des Landesverbandes Badischer Mietervereine protestieren gegen die von der Reichsregierung durch Verordnung getroffene Erhöhung der Miete um 20 Proz. Sie stellen mit Befremden fest, daß die badische Regierung dem Hausbesitz in einer durch nichts zu rechtfertigenden Weise entgegenkommt, indem sie von der ab 1. April eingetretenen Steigerung der Miete um 10 Proz. nur 4 Proz., und wiederum erst ab 1. Mai statt am 1. April, für den Wohnungsbau verwenden will. Diese Maßnahme steht ganz im Gegensatz zu dem Vorgehen anderer Länder, die weit mehr von dieser Steigerung dem Wohnungsneubau zuführen; so verwendet u. a. Mecklenburg diese 10 Proz. restlos für diesen Zweck. Ferner wird mit großem Bedauern festgestellt, daß die Regierung bis heute noch nicht die Ergebnisse der Aufwertungsverschuldung eingefordert hat und fordern von ihr, daß diese Feststellungen sofort getroffen werden, um so die Unterlagen zu schaffen für eine endgültige gerechte Verwendung der Miete. Wir verlangen unter allen Umständen, daß jede Mieterhöhung nur zu Zwecken des Wohnungsbaues verwendet werden darf.

An die öffentliche Vertreterversammlung schloß sich dann eine geschlossene Vertreterversammlung an, nachdem eine Mittagspause eingelegt wurde. Die öffentliche Tagung war gegen 2 Uhr zu Ende.

*

Tagung der badischen Küfermeister

Mannheim, 27. Juni. Zu der hier tagenden Landesversammlung der badischen Küfer- und Kübler-Innungen hatten u. a. die Stadt Mannheim, die Handwerkskammer, die Gewerbeschule, sowie Innungen der angrenzenden Länder Vertretungen gesandt. In dem vom Verbandsvorsitzenden Kogel erstatteten Jahresbericht wurde erwähnt, daß sich die Absatzverhältnisse für Küferwaren immer noch sehr schwierig gestalten, was der Konkurrenz der Faßbesitzer und der ungünstigen Weinernte der letzten Jahre zuzuschreiben sei. Durch Anschluß an den Reichsverband der Küfermeister hofft man, die Interessen besser wahren zu können. Der Verband zählt etwa 1000 Mitglieder. In der Lehrlingsfrage wurde ein Antrag angenommen, der eine Lehrlingszeit von 3½ Jahren verlangt. Ueber die Behandlung der Weine sprach Oberregierungsrat Dr. Fischer von der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg. Schließlich wurde über einige Anträge auf Abänderung der Satzungen verhandelt und alsdann die Tagung geschlossen.

Vierverbändekampf in Ludwigshafen

Berlin — Westdeutschland — Süddeutschland — Mitteldeutschland 48 : 40½ : 39 : 25½ Punkte.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Ludwigshafen, 26. Juni. Das alljährliche Zusammentreffen der großen deutschen Landesverbände verminderte sich infolge Nichtteilnahme der Norddeutschen auf einen Vierverbändekampf. Die Organisation der Veranstaltung ließ an Straffheit zu wünschen übrig, auch die Platzverhältnisse waren alles andere denn ideal. Die Ueberraschung des Tages kam im Weitsprung zu Stande, wo der Westdeutsche Dobermann mit einem Sprung von 7,53 Meter die deutsche Höchstleistung weit überbot und gleichzeitig dem Weltrekord sehr nahe rückte. Eine weitere Sensation war mit der Niederlage des deutschen Weltrekordläufers Körnig-Berlin gegeben, der über ein Jahr ungeschlagen auf der kurzen Strecke dominierte. Im 100 Meter-Lauf zog er gegen den Westdeutschen Schüller um Handbreite den Kürzeren. Die mäßige Zeit von 10,8 Sekunden ist auf den starken Gegenwind zurückzuführen. Im 800 Meter-Lauf fehlte der bekannte Berliner Böcher, sein Ersatzmann Riedel war dem Westdeutschen Wollmer nicht gewachsen und wurde von diesem in 1:59,4 Minuten geschlagen. An dritter Stelle erst endete der Süddeutsche Hoffmann. Das Kugelstoßen, die Konkurrenz der „schweren Männer", endete mit dem Siege des Westdeutschen Schröder, der beachtliche 14,62 Meter warf. Im 1500 Meter-Lauf entspann sich ein erbittertes Rennen zwischen Walpert-Berlin und Jenuwein-Süddeutschland. Der erstere sah bereits wie der sichere Sieger aus, als ein phänomenaler Endspurt den Süddeutschen Meter um Meter herankommen ließ; im Ziel war Walpert Brustbreite vor seinem Gegner in einer für die schlechten Terrainverhältnisse glänzenden Zeit von 4:10 Minuten. Mit besonderer Spannung erwartete man die 4×100 Meter-Staffel, in der Süddeutschland trotz glänzenden Laufens der Karlsruher Suhr und v. Rappard nur eine untergeordnete Rolle zu spielen vermochte. Körnig und Houben entfesselten durch glänzendes Laufen einen faszinierenden Schlußkampf, den die Houbenstaffel mit Handbreite vor ihrem Rivalen für sich entschied. Im 400 Meter-Lauf siegte Neumann, der Ex-Mannheimer, in einem taktisch klug angelegten Rennen um Brustbreite gegen Büchner-Magdeburg und den seinem scharfen Anfangstempo erliegenden Darmstädter Engelhardt. Der 110 Meter-Hürdenlauf brachte ein aufregendes Rennen zwischen Dr. Wichmann-Frankfurt und dem deutschen Rekordmann Troßbach, der nur knapp mit doppelter Brustbreite in 16 Sekunden Sieger blieb. Im 200 Meter-Lauf behauptete der Karlsruher v. Rappard seine 2. Position hinter dem glänzenden Krefelder Houben mit Brustbreite gegen den Berliner Schlößke. Spannend gestaltete sich der 5000 Meter-Lauf, den der Berliner Katz knapp vor dem Westdeutschen Obelohde an sich brachte und die abschließende Olympische Staffel, die ebenfalls durch glänzenden Lauf Körnigs an die Berliner Vertretung, diesmal vor Mitteldeutschland, fiel.

Ergebnisse:

800 Meter-Lauf: 1. Wollmer-Westdeutschland 1:59,4 Min., 2. Riedel-Brandenburg 2:00,6 Min., 3. Hoffmann-Süddeutschland 2:00,8 Min., 4. Friedel-Mitteldeutschland.

Speerwerfen: 1. Westerhaus-Berlin 56,76 Meter, 2. Metzdorf-Westdeutschland 55,79 Meter, 3. Koitsch-Mitteldeutschland 54,72 Meter, 4. Zeller-Süddeutschland 54,40 Meter.

100 Meter-Lauf: 1. Schüller-Westdeutschland 10,8 Sek. (Gegenwind), 2. Körnig-Brandenburg, Handbreite zurück 10,8 Sek., 3. Suhr-Süddeutschland 11,2 Sek., 4. Simon-Mitteldeutschland.

1500 Meter-Lauf: 1. Walpert-Berlin 4:10 Min., 2. Jenuwein-Süddeutschland 4:10,1 Min., 3. Prager-Mitteldeutschland 4:14,6 Min., 4. Verbeck-Mitteldeutschland.

4×100 Meter-Staffel: 1. Westdeutschland (Salz, Wernsing, Houben, Schüller) 43,4 Sek., 2. Brandenburg (Thumm, Schlößke I, Körnig, Schlößke II) Handbreite zurück, 3. Süddeutschland 44 Sekunden.

400 Meter-Lauf: 1. Neumann-Brandenburg 50,2 Sek., 2. Bücher-Mitteldeutschland 50,3 Sek., 3. Engelhardt-Süddeutschland 51 Sek., 4. Steves-Westdeutschland.

Diskuswerfen: 1. Hähnchen-Brandenburg 43,21 Meter, 2. Schauffele-Süddeutschland 42,94 Meter, 3. Paulus-Westdeutschland 41,74 Meter, 4. Moebius-Mitteldeutschland.

Weitsprung: 1. Dobermann-Westdeutschland 7,53 Meter (neuer deutscher Rekord), 2. Barth-Süddeutschland 6,78 Meter, 3. Westerhaus-Brandenburg 6,66 Meter, 4. Storz-Mitteldeutschland 6,50 Meter.

110 Meter-Hürdenlauf: 1. Troßbach-Brandenburg 16 Sek., 2. Dr. Wichmann-Süddeutschland 16,2 Sek., 3. Pflugbeil-Mitteldeutschland 17 Sek., 4. Krang-Westdeutschland.

200 Meter-Lauf: 1. Schüller-Westdeutschland 22,1 Sek., 2. v. Rappard-Süddeutschland 22,3 Sek., 3. Schlößke-Brandenburg 22,4 Sek., 4. Simon-Mitteldeutschland.

Stabhochsprung: 1. Moebius-Mitteldeutschland und Baltes-Westdeutschland (je 3½ Punkte) 3,50 Meter, 3. Speck-Süddeutschland 3,50 Meter (durch Stechen entschieden), 4. Lehninger-Brandenburg, 3,40 Meter.

Kugelstoßen: 1. Schröder-Westdeutschland 14,17½ Meter, 2. Kulzer-Süddeutschland 13,77 Meter, 3. Hänchen-Berlin 12,89 Meter, 4. Luther-Mitteldeutschland 12,38 Meter.

Hochsprung: 1. Betz-Brandenburg 1,78 Meter, 2. Bonneter-Süddeutschland 1,72 Meter, 3. Böving-Mitteldeutschland 1,72 Meter, 4. Busch-Westdeutschland 1,68 Meter.

5000 Meter-Lauf: 1. Katz-Berlin 15:37,2 Min., 2. Obelohde-Westdeutschland 15:38 Min.

Emha.

Badische Landeswetterwarte

Ausgegeben am Montag.

Ein über der Nordsee liegender ausgebreiteter Sturmwirbel hat auf seiner Rückseite erhebliche Mengen kalter Luft von Norden herangeführt, die bereits England und das Festland bis zur Ebene überflutet hat. Mit dem Temperaturrückgang ist auf dem Festlande bereits Druckanstieg erfolgt, der voraussichtlich nach anhalten wird. Doch ist nur eine langsame Besserung zu erwarten.

Wetternachrichten für Dienstag: Anhaltend kühl bei zeitweise böigem Westwinde. Noch meist wolkig, strichweise Regenfälle.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Handel u. Volkswirtschaft

Kursberichte

Berliner Devisen

	25. Juni. Geld	25. Juni. Brief	27. Juni Geld	27. Juni Brief
Amsterdam	168,93	169,27	168,92	169,26
Buenos-Aires	1,786	1,790	1,790	1,794
Brüssel	58,545	58,665	58,56	58,68
Oslo	109,09	109,31	109,09	109,31
Kopenhagen	112,72	112,84	112,75	112,97
Stockholm	112,97	113,19	112,99	113,21
Helsingfors	10,612	10,632	10,615	10,635
Italien	24,49	24,53	24,29	24,33
London	20,476	20,516	20,477	20,517
Newyork	4,215½	4,223½	4,215½	4,223½
Paris	16,50	16,54	16,51	16,55
Schweiz	81,135	81,295	81,155	81,315
Spanien	71,13	71,27	71,91	72,05
Japan	2,00	2,04	1,988	1,992
Rio de Janeiro	0,4962	0,4982	0,4962	0,4982
Wien	59,31	59,43	59,34	59,48
Prag	12,489	12,509	12,492	12,512
Jugoslavien	7,410	7,424	7,410	7,424
Budapest	73,45	73,59	73,45	73,59
Sofia	3,049	3,055	3,049	3,055
Lissabon	20,73	20,77	20,78	20,82
Danzig	81,71	81,87	81,72	81,88
Konstantinopel	2,185	2,189	2,185	2,189
Athen	5,649	5,706	5,794	5,806
Kanada	4,213	4,221	4,211	4,219
Uruguay	4,176	4,184	4,176	4,184
Kairo	21,00	21,04	21,00	21,04

Berliner Effekten

	25. VI.	27. VI.
5proz. Dt. Reichsanleihe	—	—
5proz. Pr. Konsols	—	—
5proz. Badische Kohle	—	13
5proz. Pr. Roggen	—	—
5proz. Pr. Kali	6,55	6,35
Hapag	142	141,75
Hansa Dampf.	220	225
Nordd. Lloyd	145	145,25
Darmstädter Bank	231,45	235
Deutsche Bank	163,25	164,75
Disk. Kommand.	162	163
Dresdener Bank	167	167,5
A. E. G. Stamm	182	185
Badischer Zucker	—	—
Bergmann	185,25	190
Berlin-Karlsruher	110	113,5
Bercelius	—	—
Deutsch-Luxemburger	—	—
Deutsche Erdöl	151	158,5
Deutsch Kali	150,25	152,75
Deutsche Maschinen	97	105
Dynamit Nobel	139,5	140,75
Elsässisch-Badische Wolle	38,5	38,75
Farben J. G.	280	286,5
Fuchs Waggon	—	—
Gaggenau	63	62⅝
Gelsenkirchen	170	172
El. Unternehmen	233	236,5
Gritzner	118,25	120 5
Hammersen	170	169
Harpener	204,5	204,25
Holzmann	201,5	203,25
Karlsruher Maschinen	33,5	32,25
Knorr	184⅝	183
Kollm. Jourdan	81,5	81,5
Köln Rottweil	—	—
Leopoldsgrube	105	106,75
Mannesmann	187	193
Maximiliansau	—	—
Neckarsulm	122,5	122,5
Oberbedarf	106	107,5
Orenstein	137	138
Phönix	125	126
Rheinische Stahlwerke	197,5	197,75
Romb. Hütte	—	—
Sinner	77,75	76
Wieslocher Tonwerke	111	111
Zellst. Verein	165	177,5
Zellst. Waldhof	313,25	311,5

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 27. Juni. Funkspruch. Die freundliche Grundstimmung, die in der Vorwoche die Börse beherrschte, zeigt sich auch in der neuen Woche. Die ersten Kurse zeigten im allgemeinen eine Erhöhung, die sich durchschnittlich zwischen 1 bis 3 Prozent bewegte. Bei einzelnen Papieren waren aber auch kleine Abstriche zu beobachten, die auf Gewinnmitnahmen zurückzuführen sein dürften. Die grössten Verluste hatten die in der Vorwoche besonders haussierenden Werte aufzuweisen. So gaben Bemberg 11 Prozent, Glanzstoff 11 Prozent, Schultheiss 3 Prozent und Ostwerke 3½ Prozent her. Das Geschäft bewegt sich wieder in ziemlich engen Grenzen, da neue Aufträge noch nicht wieder eingegangen sind. Es wird damit gerechnet, dass die Bankenkundschaft nach und nach wieder etwas mehr Interesse am Börsengeschäft nimmt. Nach den ersten Kursen machte die Besserung weitere Fortschritte. Anregend dürfte die weitere Entspannung des Geldmarktes und die Meinung, dass die für den Ultimo notwendigen Dispositionen bereits getroffen sind, sodass hier Schwierigkeiten nicht mehr zu erwarten sein dürften. Am Geldmarkt haben die Sätze keine Verminderung erfahren. Tägliches Geld war mit 4½ bis 6½ Prozent und Monatsgeld mit 8—9 Prozent zu hören. Am internationalen Devisenmarkt ist die Geschäftstätigkeit ebenfalls wenig umfangreich. Die Mark notierte in Newyork 4,2197½.

Im Einzelnen war die Lage am Bankmarkt uneinheitlich. Bank für Brauindustrie minus 2,25 Prozent, Reichsbank minus 2½ Prozent, Danatbank minus 1,25 Prozent, Bank elektrischer Werte plus 3½ Prozent, Mitteldt. Kredit plus 2½ Prozent und Berliner Handelsgesellschaft plus 1 Prozent. Von Schiffahrtswerten gaben Hamburg-Süd um 2 Prozent nach, während die anderen Kurse kaum verändert waren. Der Elektrizitätsmarkt lag überwiegend fester. So gewannen Siemens 1⅛ Prozent, Schuckert 2,75 Prozent, R. W. E. 2⅛ Prozent und Elektrische Lieferungen 1 Prozent. A. E. G. dagegen kaum verändert. Am Montanmarkt verloren Harpener 1,75 Prozent. Oberbedarf 2,75 Prozent und Rheinische Braunkohlen ⅜ Prozent. Befestigt waren Phönix um 1,75 Prozent, Mannesmann um 1⅛ Prozent, Ilse Bergbau um 3 Prozent und Riebeck Montan um ¾ Prozent, Rütgerswerke plus 1½ Prozent, Akkumulator plus 3 Prozent, Adlerwerke plus 2 Prozent, Dt. Erdöl plus 2⅝ Prozent, Deutsche Maschinen plus 2½ Prozent, Schubert und Salzer plus 3 Prozent. Am Kalimarkt stiegen Westeregeln um 2,75 Prozent, Dt. Kaliwerke um 1½ Prozent, Salzdetfurth um 3 Prozent und Kali Aschersleben um 1½ Prozent. Bemerkenswert ist die Festigkeit von Bauwerten, von denen Berger 6⅝ Prozent und Philipp Holzmann 1,25 Prozent gewinnen konnten. I. G. Farben unverändert.

Trauer-Drucksachen

Trauerbriefe
Danksagungskarten
Sterbebildchen
Nachrufe

empfiehlt bei
rascher Lieferung und solidem Preis

Badenia A.-G. Karlsruhe

Telephon 6235-37 / Steinstraße 17-21

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktennotierungen

Märkischer Roggen 270—272, Sommergerste 240—273, Wintergerste 240—273, Futtergerste 240—273, Hafer märkischer 250—257, Mais loco Berlin 188—190, Weizenmehl 37—39, Roggenmehl 35—37, Weizenkleie 14,25, Roggenkleie 16,50, Viktoriaerbsen 43—55, Kleine Speiseerbsen 27—30, Futtererbsen 22—23, Peluschken 20,5—22, Ackerbohnen 22—23, Wicken 22 bis 24,5, Lupinen blau 15—16, Lupinen gelb 16 bis 18, Rapskuchen 15,4—15,8, Leinkuchen 19,6 bis 19,9, Roggenschnitzel 12,6—13,2, Soya Schrot 19—19,6, Kartoffelflocken 33,25—33,50.

Tabak

Süddeutscher Tabakmarkt. Die Lage an den süddeutschen Tabakmärkten war in der abgelaufenen Berichtswoche im allgemeinen unverändert. Die Berichte über das Wachstum der Pflanzen lauten günstig.

Vieh

Karlsruher Viehmarkt vom 27. Juni. Auftrieb: 38 Ochsen, 30 Bullen, 23 Kühe, 118 Färsen, 70 Kälber, 1120 Schweine. Preise: Ochsen 60—62, 59—60, 58—59, 55—58, 53—55, 50—53; Bullen 54—56, 53—54, 52—54, 50—52; Kühe 30—40, 20—30; Färsen 60—64, 50—60; Kälber 80—84, 72—80, 64—70, 62—64; Schweine 56 bis 58, 58—60, 64—66, 62—64, 50—56. Beste Qualität Uebernotiz. Tendenz des Marktes: Bei Grossvieh und Kälbern langsam, Ueberstand; bei Schweinen mittelmässig, geräumt.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 27. Juni. Aufgetrieben waren 295 Tiere und zwar: 2 Ochsen, 3 Kühe, 40 Rinder, 9 Farren, 9 Kälber, 232 Schweine. Marktverlauf langsam, Ueberstand 8 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 60—62, Farren a 54 bis 57, b 52—50, Kühe b und c 36—28, Rinder a 62—65, b 58—60, Schweine a 63—66, b 62 bis 65, c 60—62. Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schliessen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Freiburger Schweinemarkt vom 25. Juni. Auf dem heutigen Ferkelmarkt waren aufgefahren 520 Ferkel und 80 Läufer. Die Preise betrugen für Ferkel 8—18 Mark, für Läufer 20 bis 40 Mark. Der Verkehr war lebhaft, es blieb ein Ueberstand von 50 Stück.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

Elektrolythkupfer 122 Mark per 100 Kilogramm, Remelted-Plattenzink (von handelsüblicher Beschaffenheit 53—54, Original-Hütten-Aluminium 210, desgleichen in Walzen oder Drahtbarren 214, Reinnickel 340—350, Antimon Regulus 100—105, Silber in Barren 78—79 Mark per 1 Kilogramm.

Bernau (Südl. Schwarzwald)

Höhenluftkurort mit guten und billigen Pensionen. Autoverbindung mit St. Blasien und Schönau i. W. Auskunft: **Verkehrsverein Bernau.**

Nachlese zum Bürgerausschuß

Karlsruhe, den 27. Juni 1927.

Stimmungsbild

Es kam der dritte Tag. Man wollte fertig machen. Darum hielt man eine Dauersitzung. Aus allen Richtungen regnete es Anregungen und Wünsche in Hülle und Fülle, alte und neue! Zwischen hinein gab es aber alsbald noch einmal eine scharfe Auseinandersetzung mit den oppositionslustigen Liberalen, und zwar wegen der Theaterfrage, die Liberalen wollen hier unbedingt einen Betrag von 10 000 Mark gestrichen wissen, obwohl es sich nur um einen Verrechnungsposten handelt, durch den lediglich das allgemeine Theaterdefizit vermindert wird. Die Liberalen mußten sich wiederholt sagen lassen, daß lediglich Agitationsgründe für ihr Vorgehen maßgebend sind. Herr Stadtv. Bauer wurde immer erregter. Er suchte auf wieder einmal den „Badischen Beobachter" aufs Korn zu nehmen, offenbar deshalb, weil er der Meinung ist, dort nicht genügend zur Geltung zu kommen. Herr Bauer fand es sogar in der Hitze des Gefechts für angebracht, der Zentrumsfraktion des Landtags gegenüber den Vorwurf der Ungerechtigkeit gegen die Altkatholiken zu erheben, obwohl die altkatholische Geistlichkeit hinsichtlich der Dotation keineswegs benachteiligt ist. Was Herr Bauer im Einzelnen vorzubringen wußte, war wirklich nicht überwältigend. Er bekam von den Herren Dr. Engler und Wittemann ganz gründlich heimgeleuchtet. Nebenbei sei erwähnt, daß Herr Bauer es für geschmackvoll fand, folgenden Satz zu prägen: „Ich werde mich nie zum Büttel des Zentrums machen lassen, so lange mich der liebe Gott einen Atemzug tun läßt." Einen Sieg hat Herr Bauer in diesem Rededuell wirklich nicht erfochten. — Er wollte halt Theaterdonner machen. — Vielleicht hat er selbst dieses Gefühl gehabt, vor allem als Herr Wittemann unter schallender Heiterkeit des ganzes Hauses humorvoll ihm bedeutete: „Ein alter Militär sollte sich schämen, auf so alten Kleppern herumzureiten." Doch diesen Rathausliberalen ist nicht zu helfen. Sie wollen nun eben zeigen, daß sie die „Männer der Tat" sind. Bis jetzt hat man davon nichts gemerkt, rein gar nichts. Sehr auffällig ist es, daß ausgerechnet Herr Bauer es immer wieder so hinzustellen sucht, als ob einzig und allein das böse Zentrum auf dem Rathaus etwas zu sagen hätte und für Alles allein verantwortlich wäre. Dies ist natürlich nicht der Fall. Die Absicht Bauers ist uns klar! Er will alle anderen gegen das Zentrum in Bewegung setzen. So viel ist aber sicher, daß sich die Stadt Karlsruhe, vor allem hinsichtlich der Höhe der Umlagen, aber auch sonst im Vergleich zu anderen Städten sehr wohl sehen lassen kann, obwohl die Liberalen die Opposition machen. Das Karlsruher Rathauszentrum kann sich ruhig über das freuen, was in Karlsruhe Schulter an Schulter mit der Leitung der Stadt und mit anderen politischen Richtungen auf kommunalpolitischem Gebiet in den letzten Jahren an erfolgreicher Arbeit geleistet wurde. Es braucht sich seiner Tätigkeit nicht zu schämen, auch wenn noch längst nicht alles so ist, wie es sein soll!

Daß das Zentrum in Karlsruhes Gemeindepolitik auf der Höhe seiner Aufgabe steht, das zeigten auch wieder diese Voranschlagsberatungen in aller Deutlichkeit. Eine Reihe von Zentrumsrednern, so am dritten Tag die Herren Echtle, Schmerbeck, Haas, Schneider, Ganz, Gurk und Hebinger gab für die weitere Arbeit äußerst wertvolle Anregungen, ohne ins Kleine und Kleinliche zu gehen, wie dies zum Teil von anderer Seite geschah. Man durfte dabei einige „Jungfernreden" hören, die erkennen ließen, daß auch die Jungmannschaft des Zentrums tüchtig ins Zeug geht. Die Herren Kommunisten waren natürlich besonders gesprächig und sorgten so, daß die Wandelgänge sich zeitweise fast beängstigend füllten. Das in der sehr ausgedehnten Spezialdebatte Vorgetrage bestand nicht aus lauter Neuigkeiten. Weniger wäre oft mehr gewesen! Aber was lange währt, wird endlich gut. Das heißt: Man näherte sich endlich doch dem Schlusse.

Die Abstimmungen brachten das Haus noch einmal in Spannung, die Liberalen sogar in Wallung. Aber es ging vorüber. In rascher Folge wurden der Voranschlag und die mit ihm zusammenhängenden Vorlagen zuerst einzeln, dann noch einmal im Gesamten mit überwältigender Mehrheit angenommen.

*

Außer dem Voranschlag standen auf der Tagesordnung der Beratungen des Bürgerausschusses Karlsruhe noch weitere Vorlagen, über die am Schlusse abgestimmt wurde, und zwar

die Gemeindebiersteuerordnung,

die inhaltlich mit der von der badischen Regierung bekanntgegebenen Mustersteuerordnung übereinstimmt. Sie tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft und ist notwendig nach § 15 des Finanzausgleichs-Reichsgesetzes. Bekanntlich ist den Gemeinden das Recht, Getränkesteuer zu erheben, genommen, nur das Recht auf Erhebung einer Biersteuer ist ihnen belassen.

Die Vorlage wurde angenommen.

Gebühren für die Benützung der städt. Schwemmkanalisation. Abortgrubenentleerung und Müllabfuhr.

Die Erhebung dieser Gebühren ist durch Gemeindebeschluß im Jahre 1924 ausgesetzt worden, soll aber jetzt wieder eingeführt werden. Der Versuch von 1924 hatte eine Vereinfachung des städtischen Verwaltungsapparates zum Ziel und hat sich zunächst gut bewährt. Die Ersatzleistungen für die den Gebühren zugrunde liegenden stätischen Leistungen erfolgten von 1924 bis heute in der Umlage. Es sind aber inzwischen neue Gesichtspunkte aufgetreten, die eine Wiedereinführung jener Gebühren verlangen: Bei den nach dem Gesetz umlagefreien Grundstücken ergibt sich durch Nichterhebung von Gebühren für die Stadt ein Einnahmeausfall. Dann hat das badische Grund- und Gewerbesteuergesetz eine verstärkte Heranziehung des Gewerbes zur städtischen Umlage zum Ziel, was bei Fortdauer der Nichterhebung von Gebühren eine ungerechte Belastung des Gewerbes zugunsten des Hausbesitzes zur Folge hatte. Solche Gebühren werden auch fast in allen badischen größeren Städten (bis auf drei) erhoben. Es verlangt also die Steuergerechtigkeit, heute wenigstens diejenigen Tiefbauamts-Gebühren zu erheben, die auf dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung aufgebaut sind. Es sind das die in der Vorlage angeforderten. Von einer Straßenreinigungsgebühr soll dagegen Abstand genommen werden.

Für das Rechnungsjahr 1927 sind folgende Gebührensätze von je 100 Mk. Liegenschaftssteuerwert festgesetzt: Schwemmkanalisation: Grundgebühr 1 Pfg., Zuschlag für Schwemmanschluß 5 Pfg., Abortentleerung: bei jährlich zweimaliger Entleerung jeder Grube 8 Pfg. und Müllabfuhr: bei wöchentlich zweimaliger (in den Vororten einmaliger) Abholung des Hausmülls 5 Pfg. Als Einnahmen daraus sind im Voranschlag für 1927 veranschlagt: von der Schwemmkanalisation 250 090 Mk., Abortgrubenentleerung 91 630 Mk., Müllabfuhr 213 740 Mk., zusammen 555 460 Mk. Die Erhebung erfolgt zusammen mit der Erhebung des Wassergeldes. Eine Abwälzung auf die Mieter ist nach den mietgesetzlichen Bestimmungen ausgeschlossen.

Auch diese Vorlage wurde angenommen.

Eine

Aenderung der Wasserbezugsordnung

ist infolge von Bestimmungen des neuen Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 7. Juli 1926 notwendig geworden. Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden aber bis zum bevorstehenden Reichsbewertungsgesetz für das Wassergeldkataster die bisherigen Steuerwerte beibehalten. Die Vorlage fand Annahme.

Eine weitere Vorlage betraf die

Aenderung der Beförderungsbedingungen der Städt. Straßenbahn und der Karlsruher Lokalbahnen.

Die Begründung der stadträtlichen Vorlage geht davon aus, daß die Fahrpreise der Straßenbahn seit Einführung der Goldmarkrechnung sehr niedrig sind (15 Pfg. als geringster Baartarif gegen meistens 20 Pfg. in anderen Städte). Die bisherigen Einnahmen der Städt. Straßenbahn sind aber unter verschiedenen Gesichtspunkten unzulänglich, so daß schon 1926 ein Zuschuß aus allgemeinen städtischen Mitteln von 28 000 Mk. notwendig war. Für 1927 blieb ein ungedeckter Aufwand von 56 000 Mk. Darum hat man geprüft, ob nicht eine Tariferhöhung eintreten solle, um den Erneuerungsfond nicht zu vernachlässigen. Der Betrieb der Straßenbahn soll sich finanziell selber tragen. Der Bartarif soll nach der Vorlage künftig (vom 1. Juli ab) betragen: bis 5 Teilstrecken 20 Pfg. (statt 15 Pfg.), über 5 Teilstrecken 25 Pfg (statt 20 Pfg.). Die Vergünstigungstarife dagegen bleiben unverändert, mit Ausnahme der Zusammenlegung der roten und gelben Fahrscheinhefte, die aber für die Benützer der Straßenbahn manche Vorteile bringt. Es wird mit einer Mehreinnahme von 310 000 Mk. für den Rest des Wirtschaftsjahres 1927/28 gerechnet. Auch die Tarife der Karlsruher Lokalbahnen werden eine mäßige Erhöhung erfahren. Die Erhöhung des Bartarifs der Straßenbahn wird auch Rückwirkungen haben auf den Gemeinschaftsverkehr mit der Albtalbahn.

Die Vorlage wurde angenommen.

Eine weitere Vorlage betraf den

Ersatz der Kosten für Straßen-, Gehweg- und Kanalherstellung.

Es handelt sich dabei im wesentlichen darum, den Gemeindebeschlüssen der letzten 7 Jahre, die infolge der Veränderlichkeit des Geldwertes vielfachen Schwankungen unterworfen waren, jetzt, nachdem seit über drei Jahren feste Geldverhältnisse bestehen, wieder eine Form zu geben, die der geltenden festen Währung entspricht. Als Kanalkostenbeitrag sind 60 Reichsmark für den Frontmeter (20 Mk. mehr als in der Vorkriegszeit) in der Vorlage vorgesehen.

Die Vorlage fand die Zustimmung des Bürgerausschusses.

Die Vorlage, betr. den Abschluß eines **Dienstvertrages** mit Stadtbaudirektor Eglinger wurde zurückgestellt.

*

In der Samstag-Sitzung wurde der wiederaufgenommene Antrag auf Gewährung von Theaterplätzen für Stadträte und Bürgermeister mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der 40 000 Mk. für den Luftverkehr wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Beitrag an den Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege sowie an das Arbeitersportkartell von 16 000 auf 20 000 Mk. zu erhöhen, ebenso der Antrag, die Beiträge der Schüler zu den Schülerhorten mit 8000 Mk. zu streichen, wurde angenommen.

Gegen den Voranschlag im Ganzen stimmten die Kommunisten und die Aufwertungspartei, letztere weil ihre Anträge keine Berücksichtigung durch den Stadtrat gefunden hatten.

Die Wiener Operette beginnt am 1. Juli ihr Gastspiel im Konzerthaus mit dem
grossen Ausstattungsschlager
Vollständig neue Dekorationen und Kostüme
Tanzgirls + Jazzband auf der Bühne
Der ORLOW
Vorverkauf: Musikh. Müller, Kaiserstr.
Zigarrenhaus Brunnert, Kaiser-Allee 29
Holzschuh, Werderstr. 49.
Konzerthauskasse u. telephonisch unter
Rufnummer 7260.

Karlsruhe

den 28. Juni 1927

Deutsche Turn- und Sportausstellung

Die ersten 3 Tage der großen Deutschen Turn- und Sportausstellung in der städtischen Ausstellungshalle brachten den erwarteten starken Besuch. Das Interesse der Ausstellungsbesucher an den einzelnen Abteilungen ist sehr groß, und man hört überall lobende Aeußerungen über die Großzügigkeit und Uebersichtlichkeit der Ausstellung. Der tausendste Besucher wählte aus der Reihe der größeren Geschenke, die jeweils für den tausendsten Besucher ausgegeben werden, einen Wochenendaufenthalt auf der Hundseck. Jeder Besucher erhält ein Stück Seife, das in geschmackvoller Form das Plakat der Ausstellung (den Sportmenschen vor dem Reichsadler) zeigt, und auf der zweiten Seite die Inschrift „Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927" trägt.

Das Programm für die nächsten Tage sieht bedeutsame turnerische und sportliche Vorführungen vor. Am Dienstag, den 26. Juni, beginnen 7 Uhr abends, die sehr interessanten Vorführungen der Karlsruher Sportvereinigung „Germania", die bekanntlich zu den besten Athletik-Sportvereinen Deutschlands gehört. Die Vorführungen werden längere Zeit dauern, sodaß die wassersportlichen Vorführungen im Mittelbecken des Rheinhafens, die der Karlsruher Regatta-Verband um 8 Uhr unternehmen wollte, auf nächste Woche verschoben sind. Ab 9 Uhr abends werden am Dienstag Bergwacht-Filme gezeigt. Am Mittwoch, den 29. Juni, beginnen die Vorführungen um 7 Uhr abends mit einer Trainingsstunde der Leichtathleten des Karlsruher Fußballvereins. Um 8 Uhr folgen Reigen und Freiübungen der Turnerinnen des Turnvereins Karlsruhe-Rüppurr. Um 9 Uhr schließen sich Volkstänze der Jugendgruppe im V.W.A. an. Anschließend läuft ein Film der Turnergilde des D. H. V.

Die Ausstellung selbst ist durch das Eintreffen sehr interessanter und lehrreicher Modelle von Spielplatzanlagen bereichert worden. Diese Modelle waren für die Spielplatztagung des Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege in Berlin geblieben und werden jetzt hier in der Ausstellung gezeigt. Von ganz besonderem Interesse ist eine Rekonstruktion von Olympia nach dem Ergebnis deutscher Ausgrabungen.

Die 90jährige Jubelfeier des Karlsruher Diakonissenhauses Bethlehem. Eröffnet wurde die Feier mit einer Schwesterjubiläumsfeier. Den Festgottesdienst am Sonntag eröffnete der Ehrenvorsitzende des Verwaltungsrates, Geh. Rat D. Mayer, der Hausgeistliche, Pfarrer Schmidt, trug den Jahresbericht vor, Kirchenpräsident D. Wurth grüßte namens der Landeskirche, er nannte den Schwesterndienst eine Lebensnotwendigkeit für die Kirche. Pfarrer Diemer von Gernsbach hielt die Festpredigt. Nachmittags füllte sich der große Saal der Städtischen Festhalle mit vielen Festgästen zur Jubelfeier; auch Staatspräsident Dr. Trunk erschien dazu, und überbrachte die Segenswünsche der Staatsregierung.

Wäschediebstähle. Das badische Landespolizeiamt teilt mit, bei einer in Mittelbaden festgenommenen Diebesbande wurden eine große Menge Herren-, Damen- und Bettwäsche beschlagnahmt, deren Eigentümer bis jetzt nicht ermittelt werden konnten. Die Sachen dürften aus Gasthaus- und Wäschediebstählen, verübt zwischen Offenburg und Karlsruhe, herrühren. U. a. befinden sich Wäschestücke mit folgenden Zeichen darunter: S. K., S. M., G. G. II., T. P. oder T. F., J. A. oder J. H. je ein Herrenhut mit E. Sch. und B. R. E., eine zinnene Teekanne mit A. W. Maerklin-Stuttgart 1712, ferner ein braunere Herrensommermantel mit dem Zeichen E. Schumacher. Die Sachen können bei der Gendarmerie in Bühl eingesehen werden.

Verkehrsunfall. Am vergangenen Samstag nachmittag lief Ecke Kaiser- und Karlstraße eine Verkäuferin aus Unachtsamkeit einem Motorradfahrer in das Motorrad, wodurch der Motorradfahrer zu Fall kam und sich eine Fußverletzung zuzog. — In der Kriegsstraße fuhr am vergangenen Samstag vormittag eine Fahrschülerin infolge Unachtsamkeit mit einem Personenkraftwagen auf dem Gehweg an einen Baum, wodurch der Wagen so schwer beschädigt wurde, daß er abgeschleppt werden mußte.

Bei einer Autokontrolle wurden am letzten Samstag zwei Personenkraftwagenführer, die mit einer Stundengeschwindigkeit von 45 bezw. 51 Kilometer und zwei Motorradfahrer, die mit der gleichen Geschwindigkeit durch die östliche Kaiserstraße gefahren sind, festgestellt und angezeigt.

Kaminbrand. Am 26. 6. 27 entstand im Hause Herrenstraße 45 (früheres Palais) ein Kaminbrand, der von alarmierter Feuerwehr gelöscht wurde.

Grobe Ausschreitungen. Als in der Nacht auf Montag ein Polizeiwachtmeister in der Marienstraße einen ledigen Schlosser von hier wegen Ruhestörung festnehmen wollte, leistete er heftigen Widerstand und verletzte den Beamten durch Faustschläge so erheblich am Unterkiefer, daß er mehrere Minute dienstunfähig sein wird. Der Täter wurde in das Amtsgefängnis eingeliefert. Ferner schlugen in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in der Augartenstraße mehrere Personen bei der Namensfeststellung wegen Ruhestörung auf den einschreitenden Polizeibeamten ein und verletzten ihn am Kopf. Ein 20 Jahre alter Gärtner, ein 21 Jahre alter Metzger und ein 24 Jahre alter Kaufmann, welche an dem Widerstand beteiligt waren, wurden verhaftet.

Selbsttötungsversuch. Durch Einnahme giftiger Pillen versuchte ein verheirateter 26 Jahre alter Krankenträger in Durlach sich zu vergiften. Er wurde im Abort seiner Wohnung bewußtlos aufgefunden und in das Städt. Krankenhaus Durlach eingeliefert. Häusliche Zerwürfnisse dürften die Ursache der Tat sein.

Ueberfahren. Am Sonntag vormittag, kurz nach 8 Uhr, wurde in Bergzabern ein Kind von einem Personenkraftwagen aus dem Saargebiet überfahren und lebensgefährlich verletzt. Das Auto fuhr davon, ohne sich um das verletzte Kind zu kümmern.

An der Rheinbrücke in Maxau wurde durch den hiesigen Erkennungsdienst ein beschädigtes Auto angehalten und sichergestellt. Der Chauffeur, welcher der Tat verdächtig ist, wurde festgenommen und der pfälzischen Gendarmerie übergeben.

Festgenommen wurden: Ein Metallschleifer von Fischbach wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch Vornahme unzüchtiger Handlungen, ein Schlosser von Rintheim wegen Widerstands, eine Näherin von Dieburg wegen Diebstahls, ein Arbeiter von W.-Neureut, der zum Strafvollzug gesucht wurde, eine angebliche Kinderpflegerin von Colbiz, die von mehreren Staatsanwaltschaften wegen Betrugs steckbrieflich verfolgt wurde, ferner 4 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

21. Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes

Baden-Baden, 26. Juni 1927.

Außerordentlich zahlreich waren Vertreter aus dem ganzen Lande Baden zu der 21. Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes hier zusammengekommen. Die Tagung begann Samstag morgen mit einer Sitzung des Gesamtvorstandes im Kurhaus, der nachmittags die Sitzung des Landesausschusses folgte. Für den Abend hatte die Stadt Baden-Baden zu einer Festvorstellung in das Kleine Theater und zu einer Wiesenbeleuchtung zu Ehren der Teilnehmer eingeladen. Sonntag vormittag halb 10 Uhr fand die ordentliche Hauptversammlung unter starker Beteiligung im Sitzungssaale des Rathauses statt. Präsident Generalkonsul W. Menzinger eröffnete die Tagung mit Worten der Begrüßung. In längeren Ausführungen sprach der Vorsitzende anschließend über Ziele und Zwecke des Badischen Verkehrsverbandes. Dann begrüßte Stadtrat Pfeiffer die Teilnehmer im Namen des Oberbürgermeisters der Stadt Baden-Baden und wünschte der Versammlung einen erfolgreichen Verlauf. Ministerialrat Dr. Scheffelmeier dankte für den Minister des Innern, den Finanzminister, den Justizminister und die staatliche Bäderverwaltung für die Einladung und versicherte den Badischen Verkehrsverband des Wohlwollens der badischen Regierung. Präsident Menzinger erwiderte, die badische Regierung möge den Badischen Verkehrsverband durch finanzielle Hilfeleistung unterstützen. Auch Oberregierungsrat Schifferdecker betonte den Willen seiner Behörde, den badischen Verkehrsverband in seinen Bestrebungen jederzeit zu unterstützen.

Mit der Beratung des Tätigkeitsberichtes trat die Versammlung dann in die Tagesordnung ein. Syndikus Rieger erstattete Vortrag über die einzelnen Punkte, die teilweise eine recht lebhafte Debatte im Gefolge hatten. Bürgermeister Keil-Triberg bat um weitere Unterstützung des Hotelgewerbes durch den Staat. Verkehrsdirektor Wolff-Baden-Baden lenkte die Aufmerksamkeit auf den steigenden Autoverkehr. Er verlangte frühzeitige Ankündigung der Straßensperren, ferner Abschaffung der Visumgebühren für Ausländer und Einführung eines kleinen Grenzverkehrs mit dem Elsaß. Verkehrsdirektor Dufner-Freiburg trat für Abschaffung der Gebühren für ausländische Automobilisten ein. Verkehrsdirektor Lacher-Karlsruhe setzte sich für die Bekämpfung der Staubplage und Kehrung der Landstraßen ein. Bürgermeister Dr. Amberger-Heidelberg erbat die Unterstützung der Regierung für das Autostraßenprojekt Mannheim—Heidelberg. Unter Punkt acht beklagte sich unter anderm Bürgermeister Schilling-Lauda darüber, daß der badische Verkehrsverband das badische Hinterland zu wenig berücksichtige. Zu Punkt elf (Eisenbahn- und Verkehrsfragen) brachte Bürgermeister Keil-Triberg dann folgende Entschließung ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die 21. Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes ersucht die badische Regierung erneut und dringend, auf eine alsbaldige Elektrifizierung der badischen Bahnen, in erster Linie der Rheintalbahnen und der badischen Schwarzwaldgebirgsbahnen — Schwarzwaldbahn und Höllentalbahn — bei der Reichsregierung und Reichseisenbahnhauptverwaltung unermüdlich hinzuwirken und die hierüber schwebenden Verhandlungen baldmöglichst erfolgreich zu Ende zu führen."

U. a. sprach er sich über die vom Badischen Verkehrsverband herausgegebene Monatsschrift „Badnerland-Schwarzwald" und ihre schöne Ausführung sehr anerkennend aus und wünschte ihr eine recht weite Verbreitung. Grieshaber-Furtwangen wünschte bessere Beschildung der Autostraßen, Gabler-Heidelberg Durchführung von Schlaf- und Salonwagen nach badischen Kurorten und Einrangierung von Fern-D-Zügen Halland — Baden — Schweiz. Oberrierungsrat Schifferdecker- und Minierialrat Scheffelmeier nahmen zu den gegebenen Anregungen Stellung. Kassenbericht und Rechenschaftsbericht wurden einstimmig genehmigt und dem Rechner Entlastung erteilt. Die endgültige Stellungnahme zur Frage der Reichsorganisation für Fremdenverkehr wurde verschoben, die Satzungsänderungen genehmigt. Zum Vorstand des Verbandes wurde Bürgermeister Dr. Amberger-Heidelberg neu zugewählt. Als neue Mitglieder zu dem Landesausschuß wurden Dr. Rösch-Konstanz, Dr. Bartsch, Postdirektor Reimuth Schladerer (Hochschwarzwald) sowie ein Vertreter des Industrie- und Handelstages in Vorschlag gebracht. Nach Annahme einiger Anträge konnte Präsident Generalkonsul W. Menzinger mit Dankesworten an die Stadt Baden-Baden für die liebenswürdige Aufnahme die Tagung schließen.

Veranstaltungen

Mittwoch-Nachmittagskonzerte im Stadtgarten. Ist das Wetter dem Unternehmen günstig, so findet kommenden Mittwoch nachmittag im Stadtgarten, von 3½—6 Uhr, ein Konzert der Polizeikapelle unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Heisig statt. Das vorgesehene Konzertprogramm ist so gestaltet, daß es dem Geschmack aller Besucher Rechnung zu tragen vermag. Wir empfehlen den Besuch des Konzerts.

Die Prüfungskonzerte des Munzschen Konservatoriums finden auch dieses Jahr wieder im Eintrachtssaal an sechs Abenden zwischen 1. und 19. Juli, jeweils Freitag und Dienstag 8 Uhr statt. Das erste Konzert enthält nur Kompositionen von Beethoven, das zweite romantische und zeitgenössische Werke, das dritte drei Violinkonzerte, drei Präludien und Fugen aus dem „Wohltemperierten Klavier" und eine Sopran-Arie von Bach. Der vierte Abend bringt Mozart: Klavier-Violinkonzerte, das Klarinettenkonzert und Solo- und Ensemblenummern aus der Zauberflöte und Figaro. Die beiden letzten Programme enthalten Instrumental-Solonummern, Sologesänge und Kammermusik. Fünf der Konzerte finden mit Begleitung des Orchesters statt. Eintrittskarten sind bei Müller und Tafel und an der Abendkasse erhältlich.

„Der Orlow", Bruno Granichstädtens große moderne Ausstattungsoperette, die an allen Großstädten außergewöhnlich große Serienaufführungen erzielte, wurde von Direktor Brantner zur Eröffnung der Spielzeit seiner Wiener Operette im Konzerthaus am 1. Juli gewählt. Das Werk bietet alles, was man selbst bei hohen Ansprüchen von einer modernen Oper erwarten kann, flüssige, melodiöse Schlager, hübsche Tänze, blendende Kostüme und prächtige Dekorationen. Die weibliche Hauptrolle wird von Lia Beyer, der ersten Sängerin des Theaters a. d. Wien, verkörpert, die diese Rolle dort mehrere hundert Mal spielte. In der männlichen Hauptrolle tritt Willi Wahle, der hier bereits bekannte Tenor, wieder vor das Karlsruher Publikum. Auch alle anderen Rollen sind durchwegs erstklassig besetzt. Die Inszenierung besorgt Direktor Brantner.

Bad. Konservatorium für Musik. Im Rahmen der diesjährigen öffentlichen Prüfungskonzerte findet heute ein Bach-Abend statt, dessen interessante Prgramm-Zusammenstellung erlesenen Genuß verspricht. Das im Bürgersaal des Rathauses vor sich gehende Konzert beginnt um 8 Uhr.

Karlsruher Standesbuchauszüge

Todesfälle. 24. Juni: Elise Lichtenfels, Witwe von Wilhelm, Kaufmann, 68 Jahre alt. — 26. Juni: Emilie Richter, Witwe von Adolf, Friseurmeister, 80 Jahre alt; Christian Walter, Leichenwart, Ehemann, 55 Jahre alt.

Herausgeber und Verleger: **Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei**, Direktor **Wilhelm Johner**, Karlsruhe i. B., Hauptschriftleitung: Dr. J. Th. **Meyer**. Verantwortlich für Nachrichtendienst, Politik und Handel: Dr. **Willy Müller-Reif**, für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. H. A. **Berger**, für Anzeigen und Reklamen: **Otto Kraus**, sämtliche in Karlsruhe, Steinstraße 17.
Rotationsdruck der Badenia, A.-G.
Berliner Redaktion:
Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 18.

Ludwig XI. und sein Astrolog

Der hinterlistige, geizige, grausame Ludwig XI. von Frankreich, der im Jahre 1483 starb, trachtete nach dem Leben seines Hofastrologen Galeotti. Er ließ ihn vor sich kommen und fragte höhnisch: „Da Du doch die Zukunft erraten kannst, wirst Du auch wohl die Stunde Deines eigenen Todes im voraus wissen." „Majestät," erwiderte schlagfertig Galeotti, „die Gestirne sagen mir, daß ich gerade einen Tag vor Ew. Majestät sterben würde." Der abergläubische Monarch erblaßte und hütete sich, seine Absicht ausführen zu lassen. In unserer Zeit hätte aber ein Galeotti gewiß geantwortet: „Sire, ich werde dann sterben, wenn Euch Greiling-Ziga„ retten nicht mehr schmecken." Und das wäre nie gewesen, denn sie hätten dem König jeden Tag besser gemundet.

Greiling-Auslese zu 5 ₰
und - Juwel zu 6 ₰

sind selbst für den verwöhnten Zigarettenraucher ein außergewöhnlicher Genuß. Wer einmal diese vorzüglichen Marken geraucht hat, ist glücklich, so milde und aromatische Zigaretten gefunden zu haben, die ihn jeden Tag aufs neue ergötzen.

Sommer-Räumungs-Ausverkauf

beginnt am 1. Juli

Kleider- u. Seidenstoffe, nur erstklass. Qualitäten.

Trotzdem mein Lager aus modernster und bester Ware besteht, will ich eine vollständige Räumung erzwingen.

Meine fabelhaft billigen Preise, meine ganz gewaltige Auswahl besonders noch verstärkt durch Neueingänge aparter Neuheiten.

bedeutet eine Sensation für Karlsruhe u. Umgebung.

Nur im Kleinverkauf! Mengenabgabe vorbehalten!

Einige Beispiele:

Dirndl-Zephir waschecht bisheriger Preis bis 1.45 . . jetzt 0.78 **0.45**
Musseline 80 cm br., waschecht, weich wie Wolle, bisher. Preis bis 1 45 jetzt 0.78, 0 68 **0.45**
Waschseide vorzügliche waschechte Qualität 1 25 0 95 **0.85**
Woll-Musseline reine Wolle früher bis 2.90 . . . . . jetzt **1.45**
Mantelseide ca. 85 cm br. Kunstseide schwarz 3 50, farbig **2.90**
Voll-Voile entzückende Neuheiten waschechte Qualität . 2 90 **1.75**
Wollstoffe gemustert, reine Wolle, bisherig. Preis 2.95 . . . . . jetzt **1.45**
Wollstoff gemustert, 105 cm breit, reine Wolle bisheriger Preis 4 50 jetzt **1.95**
Beiderwandstoffe ca 90 cm breit 2.50 **1.50**
Ottoman Kunstseide, 100 cm br. . . **5.90**
Mantelstoffe Shettland reine Wolle 145 cm br., modernst. Farb. **3.90**
Kleiderstoffe reine Wolle, 105 cm br. 2.95 **2.45**

Crêpe de chine, glatt u. gemustert, **Foulardseide,** grosse Auswahl und ungewöhnlich billig.

Rohseide, reine Seide, ganz hervorragende Qualität 80 cm breit, f. Kleider, Hemden, Anzüge **3.90, 2.90, 2.45**

10 % Extra-Rabatt auf nicht ermäßigte Preise 10 %

Spezialhaus

Otto Lewin

Karlsruhe i. B. im Friedrichshof **Karl-Friedrichstr. 28**

Dem Kaufabkommen der Bad. Beamtenbank angeschlossen

Räumungs-Ausverkauf

von

echten Broncen
Marmor-Figuren
Kunstporzellan

mit **25%** Rabatt

wegen Aufgabe dieser Artikel

Haus Köchlin

Ritterstrasse 5.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster.

Damen-Strümpfe
Herren-Artikel
Wäsche
Wollwaren
Kurzwaren

gut und preiswert

bei

BURCHARD

Kaiserstr. 143

Werperplatz 33 **Durlach, Hauptstr. 56a**

Eintracht

Munz'sches Konservatorium

Prüfungs-Konzerte

Freitag, 1. Juli: Beethovenabend m. Orchest.
Dienstag, 5. Juli: Romantische u. zeitgenössische Werke m. Orchester
Freitag, 8. Juli Bachabend mit Orchester
Dienstag, 12. Juli: Mozartabend m. Orchest.
Freitag, 15. Juli: Solospiel, Sologesang, Kammermusik
Dienstag, 19. Juli: Solospiel mit und ohne Orchester, Sologesang

jeweils abends 8 Uhr

Karten zu Mk. 1.— und 0.50, ausserdem Dauerkarten zu Mk. 3.— und 2.— bei Müller und Tafel und an der Abendkasse.

FIDELITAS **STADTGARTEN**

Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags von 3½—6 Uhr:

Konzert der Polizeikapelle.

Volksschauspiel Oetigheim bei Rastatt (Baden)

Natur- und Freilichtbühne

Wilhelm Tell v. Friedrich v. Schiller

Aufführung: Alle Sonn- und Feiertage vom 12. Juni ab bis 2. Oktober

Gedeckter Zuschauerraum mit 4000 Plätzen. — 800 Mitwirkende

Preis der Plätze Mk. 1.— bis 6.— Anfang 2 Uhr. Ende 6¼ Uhr

Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim, Telefon 61, Rastatt. Karlsruhe: Zeitungskiosk b. Germaniahotel; Herder'sche Verlagsbuchhdlg., Herrenstr.; Fritz Müller, Musikalien Kaiserhalle 2; G. Kraus, Buchhdlg., Baumeisterstr. 4; Zigarrenh. Brunnert, Kaiserallee

Ende des Monats erscheint:

ST. KONRADS-KALENDER

1928

Bestellungen hierauf nehmen wir jetzt schon entgegen. / Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**

Die Stelle des zweiten Beamten des

städtischen Hafenamts Karlsruhe

ist zu besetzen. In Betracht kommen nur jüngere Herren (etwa Mitte 30), die neben einer guten Allgemeinvorbildung eine gediegene praktische Ausbildung und insbesondere nachweislich hervorragende Kenntnisse im Eisenbahngüterabfertigungs- und Wagenverkehrsdienst sowie im Gütertarifwesen besitzen. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind bis zum 10. Juli 1927 beim städt. Personalamt einzureichen. Bewerbungen, die den genannten Anforderungen nicht entsprechen, sind zwecklos.

Karlsruhe, den 27. Juni 1927.

Der Oberbürgermeister.

Schulgelder.

Das Schulgeld für das **I. Drittel-jahr 1927/28** der Goethe-, Humbold-, Helmholtz-, Kant-, Lessing-, Fichte- und Handelsschule ist zur Zahlung verfallen.

Beträge, welche beim Einzug in den Schulen oder an unserer Kasse bis **längstens 15. Juli lfd. Js.** nicht bezahlt worden sind, werden zwangsweise beigetrieben. 6182

Stadthauptkasse A.

Achtung! Wanzenvertilgung!

Wanzen samt Brut werden mittels meinem unübertroffenen **Vergasungs-Verfahren** mit glänzendem Erfolg vertilgt.

Strengste Diskretion, **kein Vorfahren mit Wagen oder Auto**

Rationelle Ratten-, Käfer- und Mäusevertilgung

F. Höllstern

Herrenstr. 5, Zähringerstr. 70 II, Ruitsfr. 10 Telephon 5791. 5984

Redegew., jüng. Herr

zur Werbung von Beziehern für kath. Tageszeitung und Zeitschriften

gesucht.

Angemessene Provision und Spesenzuschuß, bei Bewährung Festgehalt. Ausführl. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Lichtbild unter **6162** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Während des Umbaues **grosse Preisermäßigung** auf

Herrenzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen
Einzelmöbel

formschön und billig bei

Jos. Kirrmann
Herrenstr. 40.

Türschoner

und Schrank-Schirmhalter aus Celluloid in all. Grössen, Farben u Formen kauft man bei

Eduard Isenmann.
Bruchsal
Telefon Nr. 70

Man verlange kostenlose Muster und Preisliste

Mieter- und Bauverein Karlsruhe

e. G. m. b. H.

Wir haben auf 1. Oktober bezw. 1. November ds. Js. zu **vermieten:**

Gervinusstraße Nr. 3, IV. Stock, eine Zweizimmerwohnung ohne Mansarde,
Sybelstraße Nr. 14, IV. Stock, eine Zweizimmerwohnung ohne Mansarde,
Sybelstraße Nr. 18, I. Stock, eine Zweizimmerwohnung mit Mansarde,
Wilhelmstraße Nr. 77, III. Stock, eine Zweizimmerwohnung ohne Mansarde,
Frühlingstraße Nr. 1, Hinterhaus IV. Stock, eine Zweizimmerwohnung ohne Mansarde.

Bewerbungen von Mitgliedern wollen im Büro Ettlingerstraße 3 bis spätestens Mittwoch, den 29. Juni ds. Js. erfolgen. — Die Verlosung der Wohnungen findet am Donnerstag, den 30. ds. Mts., abends 6 Uhr im Büro statt. 6172

Karlsruhe, 25. 6. 27.

Der Vorstand.

Möbelfabrik Gebr. Klein 4690

Durlacherstr. 97
Rüppurrerstr. 14

Grosse Auswahl in

Wohn- und Speisezimmer

in allen Preislagen und Grössen

Bequem. Teilzahlung Franko Lieferung.

Herren- und Damenrad so gut wie neu Mk. 40.- und 65.- zu verkaufen. **Werner,** Schützenstr. 55 2

Badisches Landestheater

Dienstag, den 28. Juni
G 30, Th.-G. 1101—1200
Neu einstudiert

Tosca

von Puccini
Musikal. Leitg.: Dr. H. Knöll
In Szene ges. v. H. Grohe

Tosca Moje Fürbach vom Landesth. Stuttgart a. G.
Cavaradossi Nentwig
Scarpia Weyrauch
Angelotti Löser
Meßner Vogel
Spoletta Siegfried
Sciarrone Löser
Schließer Kilian
Hirt Wanka

Anfang halb 8 Uhr
Ende 10 Uhr
1. Sperrsitz 7.—

Mi., 29. 6. Alessandro Stradella. Do., 30. 6. Zum ersten Mal. Der Diktator

Deutsche Turn- u. Sport-Ausstellung 1927

Städtische Ausstellungshalle.

Geöffnet von 10 bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreise: 50 Pfg. für Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler u. Kinder.

Jeder Erwachsene erhält ein Geschenk!
Jeder 1000 ste Besucher eine Wochenendkarte!

Dienstag, den 28. Juni, ab 7 Uhr abends: Sportl. Vorführungen d. Sportvergg. Germania, Bergwachtfilme und lustige Filme.

Mittwoch, den 29. Juni, ab 7 Uhr abends: Sportl. Vorführungen des Karlsruher Fußballvereins, Reigen und Freiübungen der Turner'innen des Turnvereins Karlsruhe-Rüppurr, Volkstänze der Jugendgruppe im V. W. A., Film der Turnergilde des D. H. V. und lustige Filme.

Donnerstag, den 30. Juni, ab 7 Uhr abends: Sportl. Vorführungen des Radfahrervereins „Sturm" und des F. C. Phönix, Filme des Radfahrsports und lustige Filme.

Haushälterin

gesetzt. Alters, die mehr. Jahre den Haushalt eines Geistlichen selbst. führte und alle Haus- und Gartenarbeit gut versteht und allein besorgt, sucht wieder Stelle in kath. Pfarrhaus. Geht auch zur Stütze der Mutter. Gut. Zeugnis vorhand. Angeb. unt. 937 an d. Geschäftsstelle erbeten.

Gute Geschäfte

Hotels, Gasthäuser, Wirtschaften, Metzgerei, Bäckerei, Lebensmittel-Geschäfte, Zigarren-Geschäfte, Schuhbesohl-Anstalt, Schuhgeschäft, Buchbinderei, Kino zu verkaufen.

Einfamilienhäuser

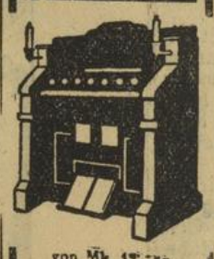
sofort beziehbar, zu verkaufen. Anzahl. 3000 Mk.

Zweifamilienhaus,

4 u. 6 Zimmer, Diele, Bad, Fremdenzimmer, 2 Mädchenzimmer, Garten, Preis Mk. 45000.—, Anzahlung Mk. 10000.—, Tauschlos beziehbar.

M. Busam.
Herrenstr. 38. — Tel. 5530.
Karlsruhe.

Harmonium



von Mk. 1[illegible] an
Katalog umsonst

Teilzahlung

Franko-Lieferung

H. Maurer
Kaiserstraße 176
Ecke Hirschstr.

Heimat-Strauß

Gedichte von Dr. Heinrich Gassert.

Mit Umschlag-, Titel-Vignetten-Zeichnungen von W. Max Scheid-Pforzheim 160 Seiten stark, in Leinen geb. M. 3.50.

Der Name Heinrich Gassert hat einen guten Klang, namentlich in der katholischen Welt. Es gibt kaum einen katholischen Studenten oder Altherrn, der nicht mit Begeisterung und Ergriffenheit die herrlichen, warmherzig gefühlten und erlebten Vaterlands- und Studentenlieder Heinrich Gasserts gelesen und gesungen hätte. Still und ungehoben ruhten im Schreibtisch des Dichters seit langen Jahren Perlen dichterischer Schönheit: Seine Heimatgedichte. Nach längerem Zureden gab mir der allzu bescheidene, 70jährige Dichter die Manuskriptblätter. So ist denn nun ein prächtiges Buch entstanden, dessen schmuckes Gewand und gediegene Ausstattung dem Verlag alle Ehre macht. Willy Max Scheid hat mit viel Liebe und sinnigem Verständnis einen reizenden Buchschmuck dazu geliefert. So wird das Werkchen sicherlich bei all denen, die Sinn und Herz haben für echte Gemütstiefe und Heimatpoesie, viel Freude bringen.

Dr. Baumgartner.

Berglieder

von Wilhelm Steinkopf.

Gebunden in Geschenkband M. 2.—.

Die Freude an der Schönheit unserer Heimat zu erhöhen, ist ein erfreuliches Unternehmen der deutschen Lyrik. Wilhelm Steinkopf gibt in seinen Bergliedern jedem Leser etwas von dieser Freude ab, mag er nun im Schwarzwald oder im Harz, im Erzgebirge oder in Rübezahls Reich seine Wanderlust sich vom Herzen singen. Charakteristische und sinnige Bilderbeigaben erhöhen den Reiz des Büchleins.

Velhagen u. Klasings Monatshefte, Maiheft 1925.

Us em Oberland

Alemannische Gedichte

von Hans Martin Grüninger.

Zweite verbesserte Auflage, gebunden in Leinen M. 3.—.

Es ist eine prächtige Sammlung von Gedichten in der alemannischen Mundart des Hotzenwaldes. Der Dichter versteht es ausgezeichnet, uns in die Denkweise der Hotzenwälder Bauern einzuführen, uns deren Freude und Schmerz und den Stolz auf ihre Seßhaftigkeit und echtes Bauerntum zu schildern und ihre Seelen- und Gemütsstimmungen in treuen Farben zu malen. Auch der kernige Wälderhumor ist trefflich gezeichnet. Jedem Freunde guter Dialektdichtung möchte ich das Büchlein, das hübsch ausgestattet ist, bestens empfehlen.

A. Ludwig.

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruh**